

2 Die »Flüchtlingskrise« und ihre Umdeutung

2.1 Moralische Abwehr – die Figur des »Schleppers« im medialen Diskurs

Der italienische Philosoph Giorgio Agamben hat wie kaum ein anderer die Figur des Geflüchteten zum zentralen Gegenstand politischer Theorie erhoben. Als Prototyp des nackten Lebens, des *homo sacer*, stelle jene Figur »in der Ordnung des modernen Nationalstaates ein [...] beunruhigendes Element« dar, das in der Lage sei, die »Ursprungsfiktion der modernen [nationalstaatlichen] Souveränität in eine Krise« zu stürzen (Agamben 2016: 140). Beunruhigung und Krise sind zwei Begriffe, die – ohne die Theorie Agambens an dieser Stelle zu vertiefen – eine Wegführung durch das Dickicht und die Verwobenheit der politischen Debatten und Kommentierungen der Ereignisse der Jahre 2015 und 2016 bieten, soweit sie das Thema Flucht und Geflüchtete betreffen. Dabei geht es in der Nachzeichnung der Ereignisse nicht um die Vollständigkeit historischer Details, sondern um das Spektrum der getriggerten Handlungs- und Akteursstränge, die sich auf den unterschiedlichsten Ebenen der politisch-medialen Inszenierungen darbieten.

So sehr diesbezüglich zu Recht »Europa«, der Bundesregierung, den Ländern und Kommunen die Rolle als gestaltende Instanzen zugeschrieben wird, so sehr sind sie doch reaktiv damit befasst, den »entscheidenden Akteure[n]«, nämlich den »undokumentierten Migranten«, in ihren Bewegungen in Richtung Europa zu begegnen (Schulze Wessel 2017a: 105). Sie, die Geflüchteten, sind die handelnden Subjekte. Die Tatsache, dass sie sich auf den Weg machen, dass sie

diejenigen sind, »die Orte verlassen«, qualifiziert sie als »Personen, auf die Kontrollen reagieren«, aber darüber hinaus auch rechtspopulistische Regungen von Pegida bis Legida (ebd.). Letztlich sind es die geflüchteten oder noch auf der Flucht befindlichen Menschen, die jene Vorgänge auslösen: Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Streit um kommunale Finanzierungsbelastungen, parteipolitische Profilierungen, innereuropäische Konflikte. Dies alles aber wird präsentiert durch journalistisch aufbereitete Narrative, die nicht immer sauber differenzieren, dass die eigentlichen Subjekte des Handelns zwar die Auslöser, nicht aber die »Schuldigen« jener Ereignisse sind. Diese Differenzierung wurde auch in der ZEIT nicht immer sorgfältig genug beachtet. Es haben aber nicht nur die Nachrichten über die Ankömmlinge aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Somalia oder dem Balkan, deren regelmäßig verkündete oder prognostizierte Anzahl wie die mathematische Vermessung des Problems erscheint, die öffentliche Aufmerksamkeit gebunden. Vielmehr waren es auch die Toten, diejenigen, die ihr Ziel nicht erreicht haben, die zu Hunderten oder gar Tausenden auf dem Weg im Mittelmeer ertrunken sind, die regelmäßig sowohl den Stoff zur Skandalisierung der Flüchtlingspolitik als auch zur Inszenierung ihrer politischen Gestaltbarkeit geliefert haben.

Bereits im Oktober 2013 hatte der Untergang eines Schiffes mit mehr als 500 Geflüchteten nur knapp einen Kilometer vor der Küste Lampedusas mehr als dreihundert Tote gefordert. Das Ereignis dieser »Katastrophe« (Flüchtlinge schildern, 2013) erzielte weltweit ein mediales Echo der Bestürzung. Papst Franziskus prangerte das Unglück als »Schande für Europa« an (Der Papst, 2013), Bundespräsident Gauck sah die »europäischen Werte« missachtet (Schreie, 2013). Forderung nach Verbesserung des Seenotrettungssystems wie auch danach, den »skrupellosen Schleppern das Handwerk zu legen« (ebd), standen im Raum. Die Zahl der Mittelmeer-Toten unter den Geflüchteten stieg kontinuierlich. Laut der International Organisation for Migration (IOM) lassen sich für das Jahr 2014 nachweislich über 3000 Tote registrieren, eine Zahl, die 2015 noch um mehr als fast 1000 weitere Tote übertroffen werden sollte. 2016 waren es dann 5143 (vgl. total of deaths, o.J.). Den einzelnen Unglücken, soweit sie überhaupt das Licht

der Öffentlichkeit erblickten, wurde ein unterschiedlicher Grad an medialer Resonanz zuteil. Als Ende Februar 2015 – ähnlich auch schon Anfang des Monats (vgl. Hunderte Flüchtlinge, 2015) – wiederum über 300 Tote vor Lampedusa zu beklagen waren, »blinkte die Nachricht nur für ein paar Stunden in der Schlagzeilenflut auf« (Die Ware, 2015). Der Krieg in der Ukraine wie auch die Euro-Krise forderten Tribut bei der Ressourcen-Verteilung der Aufmerksamkeitsökonomie. Aber diese Verdrängung ließ sich auf Dauer nicht durchhalten. Die moralischen Anklagen angesichts der Tatenlosigkeit »Europas« durchzogen kommentierend den Zeitstrahl der Todesnachrichten: Unter dem Titel »Wie viele Menschen müssen sterben, bevor Europa handelt«, klagte beispielsweise im Februar 2015 die leitende Europa-Researcherin von Human Rights Watch, Judith Sunderland, in einem Gastbeitrag in ZEIT ONLINE den beschämenden »Mangel an politischem Willen« seitens des Rates der EU an. Statt sichere und legale Wege für Geflüchtete in die EU zu bahnen, habe man sogar das Rettungsprogramm »Mare Nostrum« beendet, habe »Reden gehalten, Treffen einberufen, und eine Arbeitsgruppe erarbeitete Empfehlungen«, aber faktisch ginge das Sterben im Mittelmeer ungebremst weiter. »Doch Menschen ertrinken zu lassen, bedeutet moralisches Versagen.« (Wie viele, 2015) Im April 2015 prägten sich die sperrigen und moralisch unerträglichen Todesnachrichten erneut und konzentriert in die Schlagzeilen. Mitte des Monats ging vor der Küsten Libyens ein Schiff mit rund 500 Geflüchteten unter, laut Schilderung von Überlebenden waren unter den Toten auch Kinder (vgl. 400 Flüchtlinge, 2015). Nur wenige Tage später ein erneutes »Flüchtlingsdrama«: Abermals vor der Küste Lampedusas ereignete sich »die schlimmste Tragödie der jüngsten Vergangenheit in der Region« mit etwa 700 Toten (Bis zu, 2015). Gefordert sei nun, so der deutsche Innenminister, Thomas de Maizière, eine »europäische Antwort«, die »Bekämpfung der Schlepperbanden« sei vorrangiges Ziel: Wir »dürfen und werden es nicht dulden, dass diese Verbrecher aus bloßer Profitgier massenhaft Menschenleben opfern« (ebd.). Der französische Staatspräsident Hollande verglich in diesem Kontext die »Menschenschmuggler mit Terroristen« und die EU-Kommission stellte ein »Strategiepapier zur Migrationspolitik« in Aussicht, denn

»Europa brauche rasche Antworten, um weitere Todesopfer zu vermeiden« (ebd.). Angesichts von mehr als 1500 Mittelmeer-Toten im April des Jahres (vgl. total of deaths, o.J.) geriet also die EU in die Defensive, kündigte rasche Antworten an und deutete zugleich auf den *eigentlichen Täter* hin, die Figur des Schleppers. Die Kampfansage an diese Figur sollte zunehmend die Funktion erfüllen, Handlungsfähigkeit zu inszenieren, aber gleichzeitig der humanitären Forderung nach Eröffnung von legalen Wegen für die Geflüchteten auszuweichen und stattdessen Fluchtwege etwa über den Balkan zu verschließen.

Auf der am 23. April in Brüssel stattfindenden Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die das Ergebnis der Beratung des Sonderrats der europäischen Staats- und Regierungschefs über ein 10-Punkte-Papier (vgl. Zehn-Punkte-Plan, 2015) präsentierte, wurde die fragmentarische Qualität dieser europäischen Antwort deutlich: Man habe zu Beginn der Sitzung der Opfer gedacht und ein Arbeitsprogramm beschlossen mit dem Schwerpunkt einer Gesamtstrategie, in der es um die »Stärkung der Seenotrettung, die Bekämpfung der Schleuserkriminalität, die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten und die bessere Koordinierung bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Europa« gehen solle (Pressekonferenz, 2015). Merkel erläuterte, dass man sich darauf geeinigt habe, die finanzielle Unterstützung für die »Mission von Frontex« zu verdreifachen und problematisierte, dass gegenwärtig allein fünf europäische Staaten – Deutschland, Schweden, Italien, Frankreich und Ungarn – 75 Prozent der Asylbewerberinnen und Asylbewerber aufnehmen, was darauf hindeute, dass »wir [...] darüber nachdenken [müssen], wie wir unser Asylsystem innerhalb der Europäischen Union weiter entwickeln« können (ebd.). Die Dublin-Regeln müssten angesichts dieser »Notsituation« verändert werden und man müsse zu einer »andere[n] Verteilung der Flüchtlinge in die europäischen Mitgliedsstaaten« kommen (ebd.). Ein indirekter Appell an diejenigen EU-Staaten, die, wie sich im Laufe des Jahres zeigen sollte, an keiner Stelle zu bewegen waren, sich an diesem »Pilotprojekt« zu beteiligen. Auch Ende Juni scheiterte die Umsetzung eines Vorschlags der Europäischen Union, Geflüchtete nach einer verbindlichen Quote auf die europäischen

Staaten zu verteilen. Auf Betreiben der Bundesrepublik war im Vertrag von Amsterdam von 1997 das Einstimmigkeitsprinzip in »Fragen des Asyl- und Migrationsrechts« festgeschrieben worden, was sich nun rächen sollte (Detjen/Steinbeis 2019: 45). Die osteuropäischen Länder wie Polen, Ungarn, Slowakei und die baltischen Staaten verweigerten sich selbst dem minimalistischen Vorschlag der Kommission, 40.000 der in den kommenden zwei Jahren in Griechenland und Italien ankommenden Geflüchteten entsprechend quotiert aufzunehmen (vgl. Abschiebung, 2015), was den italienischen Regierungschef Matteo Renzi verbittert klagen ließ: »Wenn das eure Idee von Europa ist, könnt ihr sie behalten.« (Ebd.) Immer deutlicher provozierte die Bewegung der Geflüchteten nach Europa eine der Varianten, durch die die »Flüchtlingskrise« eine Neuinterpretation erfuhr. Die eigentliche Krise war nun die drohende Instabilität der europäischen Einheit zugunsten der Wahrung nationalstaatlicher und nationalistisch-rechtskonservativer Eigeninteressen (vgl. Schiffer-Nasserie 2016: 14). Übrig blieb also Ende April 2015 eine Trias: Frontex ausbauen, eine Stärkung Libyens sowie eine Afrika-Konferenz, um den Fluchtursachen zu begegnen, und der Angriff auf die Schlepper. Aber dieses »Ergebnis« blieb nicht unumstritten und unmittelbar an »Europa« als fiktives Subjekt adressiert, lautete die Headline eines von Steffen Angenendt und Daniela Kietz von der Stiftung Wissenschaft und Politik in der ZEIT ONLINE publizierten Artikels: »Das reicht nicht, Europa!« (Das reicht, 2015). Der vereinbarte Maßnahme-Katalog sei »vage und unzureichend«, eine Steuerung der »irreguläre[n] Zuwanderung« durch Libyen angesichts seines »vollständigen Staatsverfalls« abwegig. Letztlich bliebe eine Wahrheit ausgespart: Es gehe darum, »mehr legale Zuwanderung nach Europa« zu schaffen (ebd.). Auch der UN-Generalsekretär Ban insistierte, dass sowohl eine Stärkung der Seenotrettung als auch »zusätzliche legale Wege zur Migration« zu erwägen seien (EU-Gipfel, 2015).

Die Situation war verfahren, weil positionell verhärtet: Einerseits erhoben sich Forderungen nach Eröffnung von legalen Wegen und intensiverer Seenotrettung, wie sie auch der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz favorisierte (vgl. ebd.). Andererseits verweigerten sich

manche EU-Staaten hartnäckig, sich an einer die Dublin-Regeln umgehenden Lösung zu beteiligen und mehr Geflüchtete aufzunehmen. Der Spagat, die politische Außenwirkung einer europäischen Geschlossenheit dennoch aufrechtzuerhalten, gelang offenbar durch die gemeinsame Identifikation eines Schuldigen, *die Figur des Schleppers*, dessen Bekämpfung eine einheitliche Front aller Konfliktparteien bilden sollte. Die damit inszenierte kämpferische Performance versprach für die Vertreter der EU die größte Aussicht auf die Wiederherstellung moralischer Integrität. Zutreffend ist, dass es bis heute jene Schlepper gibt, die brutal und ausbeuterisch die Not der Flüchtenden ausnutzen oder auch jene, die vor Menschenhandel nicht zurückschrecken (vgl. Luft 2016: 42). Auch kann kaum in Abrede gestellt werden, dass sich unter jenen Fluchthelfern Gruppen und Organisationen befinden, die ihre Hilfeleistung aus reinem Profitinteresse, grob fahrlässig und die Gefährdung der Flüchtenden kalkulierend, erbringen. Aber im Unterschied zu Menschenhändlern, deren Betreiben auf Freiheitsberaubung und Versklavung ihrer Opfer beruht, befördern Schlepper in der Regel nur diejenigen, die letztlich abwägen, die Gefahr im Mittelmeer als das Risiko zu kalkulieren, das sie bereit sind angesichts der Aussicht auf ein Entkommen aus Hunger, Gewalt, Verfolgung und Folter einzugehen. Eine generelle Diffamierung des »Schlepperwesens« dient der Kriminalisierung irregulärer Migration (vgl. Karakayali 2008: 238). Sie ändert auch nichts an der Motivlage von zur Flucht entschlossenen Menschen, sich auf den Weg in Richtung Europa zu begeben. Sie löst nicht die ursächlichen und leidvollen Probleme, die zu diesem Entschluss führen, sondern sie kann nur ihre Umsetzung erschweren oder stornieren. Nochmals: Flüchtende sind handelnde Subjekte. Ihre latente und offensichtliche Viktimisierung als Opfer der Schlepper ist der Strategie geschuldet, die Bekämpfung der Schlepper als heroische und moralische Tat des Opferbeistandes zu deklarieren, ohne dem mündigen Willen der Flüchtenden, möglichst auf legalem Wege nach Europa zu gelangen, nachzugehen (vgl. Jetzinger 2014: 92; Karakayali 2008: S. 241ff.). Im Gegenteil: Das asylpolitische Faktum, diese Wege nicht eröffnen zu wollen oder gar, wie die damalige britische Innenministerin Theresa May forderte, Boote mit Geflüchteten künftig

zurückzuschicken und »sichere Landeplätze in Nordafrika zu schaffen« (Britische, 2015), provoziert in hohem Maße die florierende Konjunktur der Flüchtlingshilfe durch Schlepper.

Diese Projektion auf die Bekämpfung von Schleppern als *Problemlösungsinstanz* ist auch von der ZEIT mehrfach journalistisch reproduziert worden (vgl. Die Menschenfänger, 2017). Sie verfolgte offenbar eine doppelte Botschaft: Einerseits der EU einen die Reihen schließen den Aktionsradius zu bescheinigen, die »Täter« unnachgiebig zu verfolgen und dadurch die gleichzeitige Entmündigung und Infantilisierung von Geflüchteten als Opfer zu betreiben, und andererseits von deren eigentlichem Flucht-Begehren abzulenken, beziehungsweise es als europa- und sicherheitspolitisch nicht umsetzbar zu deklarieren. Nicht ausgeschlossen ist, dass manche der politischen Protagonisten tatsächlich der Meinung waren, zerschlage man das Schleuserwesen, dann sei »die Migrationsbewegung eingedämmt« (Karakayali 2008: 239). Die mediale Auseinandersetzung über das Schlepperwesen kam nicht zur Ruhe und verblieb zugleich im Korridor jener Doppelbotschaft. So etwa auch in einem streitbaren Kommentaraustausch in der Ausgabe der ZEIT von Ende April 2015, der Anfang Mai auch vollständig in ZEIT ONLINE erschien. Der Redakteur Ulrich Ladurner plädierte gemäß dem politischen Mainstream dafür, »das Geschäftsrisiko der Schlepper [zu] erhöhen« und zu realisieren, dass »wir es mit rücksichtslosen Schwerkriminellen zu tun« haben, die »Menschen in den Tod« schicken und daher durch eine Polizei bekämpft werden müssten, die »gegen dieses internationale Geflecht besser ausgestattet« ist und »in die Lage versetzt werden kann, über Grenzen hinweg zu kooperieren« (Jetzt wird, 2015). Gegen diese martialische Variante der Problemlösung warf die Journalistin Özlem Topçu ein: »Die Schleuser sind nur das Instrument zur Flucht – nicht ihr Grund«. Folglich ließen sich die Schlepperbanden nur bekämpfen, indem man ihnen ihre Geschäftsgrundlage entziehe: die europäische Abschottungspolitik (vgl. ebd.). Und Caterina Lobenstein bekräftigte ebenso: »Wir brauchen legale Fluchtkorridore.« (Ebd.) Dennoch verblieb auch dieser »Streit« dem Mainstream des vorherrschenden Diskurses verhaftet, das Schlepperwesen sei grundsätzlich mit Kriminalität gleichzusetzen, nur an der Frage der wirksamen Mit-

tel sie zu bekämpfen, schieden sich die Geister. Diese Erzählperspektive *über* die Schlepper wurde hingegen nur selten zugunsten der Akteurs-Perspektive der Fluchthelferinnen und Fluchthelfer oder der Geflüchteten ersetzt, um deren Wahrnehmung zur Sprache zu bringen. Eine weniger der skrupellos brutalen Charakterisierung der Schlepper verschriebene Kommentierung meinte, »Schlepperkönige« ausmachen zu können, die für »zahlungskräftige Kunden« ein »Neues Leben, all-inclusive« bereithielten, wenn auch die »große Mehrheit der Migranten [...] sich einen solchen Service allerdings nicht leisten« könne. Das Ganze spiele sich auf einem »Markt« ab, auf dem es wichtig sei, »ordentlich« zu »liefern«, wenn man »erfolgreich« sein wolle (Neues, 2015). Die Konnotation der Tourismusbranche bedient hier eine merkwürdig anmutende Assoziation, als ginge es um eine Art Flüchtlingstourismus mit differenziertem Service-Knowhow, bei dem die »Anbieter [...] Teil einer stetig wachsenden internationalen Reiseindustrie für Menschen« seien, »denen legale Wege versperrt sind« (ebd.). Der »Umsatz der Schmuggler« belaufe sich dabei nach Schätzungen der UN auf »rund sieben Milliarden Dollar im Jahr« (ebd.). Eine solche Darstellung einer florierenden Flucht-Tourismusbranche mit steigendem unternehmerischem Umsatz und die damit gesetzte Konnotation, es handle sich bei dem Fluchtvorhaben um eine Art Urlaubsplanung, verzerren die Realität. Weder werden die leidvollen Fluchtursachen noch wird die Differenziertheit der Schlepper- und Fluchthelferszene zur Sprache gebracht, die weder »hierarchisch« noch »zentral« organisiert ist und deren Bandbreite von »privaten Netzwerken« von »Angehörigen der eigenen Gruppe« bis hin zu international vernetzten Organisationen reicht (Luft 2016: 40). Zwar wird im genannten Artikel zugestanden, dass in »der Regel [...] eine Vielzahl von Gruppen und Grüppchen den Markt unter sich« aufteilt (Neues, 2015), aber auch diese Aufteilung klingt nach Marktabsprache und ignoriert völlig die Diversität und das Chaos dieses »Marktes«, der in Teilen selbst Produkt der Flucht ist. So etwa, wenn Flüchtlingshilfe von Geflüchteten selbst geleistet wird, die sich damit »ein kleines Einkommen verdienen, bis sie dann selber weiterreisen können. Fluchthilfe ist in diesem Fall dann Teil der Migrationsbewegung selber.« (Dietrich 2005: 61)

Eine Annäherung an die unmittelbare Szene der Fluchthilfe bietet ein Interview in ZEIT ONLINE Ende April, das der Interviewer, Felix Stephan, unter dem Titel »Für Flüchtlinge sind die Schlepper Helden« mit Giampaolo Musumeci führte, der zwei Jahre lang »im Schleuser-Milieu recherchiert« hat (»Für Flüchtlinge«, 2015). Jener beschreibt die Wahrnehmung der Schleuser als »außergewöhnlich freundlich, zugänglich, eloquent«, als »in erster Linie Geschäftsmänner [...], die smart und clever sein müssen«, und als »sehr offene, umgängliche Menschen« (ebd.). Dass es auch zynische Ausnahmen gebe von Schleusern, die sich über den Tod ihrer »Klienten« amüsieren, nehme nicht seinen Gesamteindruck, dass es sich überwiegend um »Geschäftsleute« handle, »denen es in erster Linie um Profit und stabile Marktbedingungen« gehe. »Sie setzen alles daran, ihre Kunden sicher ans Ziel zu bringen.« (Ebd.) Während es sehr renommierte »Dienstleister« gebe, als Beispiel wird ein ägyptischer Schleuser angeführt, herrsche in Libyen »komplettes Chaos« und der »Markt« sei »vollkommen außer Kontrolle und überschwemmt von Amateuren« (ebd.). Die Selbstwahrnehmung der Schleuser sei es, sich »auf das höhere Gefühl der Mitmenschlichkeit« berufen zu können, weil sie »diesen hilflosen Menschen« der letzte Ausweg seien. Entsprechend sähen das auch die Geflüchteten, die »ihnen vertrauen und [sagen] dass es echt nette Kerle sind« (ebd.). Letztlich böten »die Schleuser den Flüchtlingen etwas [an], was Europa ihnen verweigert«, und sie seien »oftmals die letzte Chance auf das nackte Überleben« (ebd.). Da die EU die Geflüchteten, beispielsweise aus Syrien, von ihrem »Recht auf politisches Asyl [...] aktiv abzuhalten versuche« und damit »das Völkerrecht bricht«, sei »ein syrischer Flüchtling gezwungen, sein Hab und Gut zu verkaufen, um die vielleicht zehntausend Euro zusammenzukratzen, die der Schleuser kostet« (ebd.). Es sei aber durchaus auch so, dass insbesondere Geflüchtete aus Syrien lieber »monatelang zu Fuß« über die Balkanroute fliehen, »als sich im Mittelmeer in Lebensgefahr zu bringen« (ebd.). Die Bewertung der Schleuser sei eine Frage der Perspektive: Aus Sicht der EU seien sie »Verbrecher, aber für die Flüchtlinge, die es sicher nach Europa geschafft haben, sind es Helden« (ebd.). Eine Lösung des Dilemmas könne nur darin bestehen, dass

die EU den Schleusern dadurch die »Geschäftsgrundlage« entziehe, dass sie »dieselbe Dienstleistung anbieten, die derzeit die Schleuser anbieten, nur billiger und sicherer« (ebd.). Jedenfalls sei die Verhaftung von Schleusern eine Symbolpolitik, als ob sie »in Berlin, Oslo oder Rom einen kleinen Drogendealer an der Straßenecke festnehmen« (ebd.).

Bemerkenswert an diesem Interview ist die Differenzierung aus Sicht eines »Experten« vor Ort, der weder kriminelle Energien noch Geschäftsinteressen leugnet, sie aber auch mit ehrenwerter Motivlage kontrastiert. Zudem stellt er ein Chaos von Amateuren in Rechnung, was gegen die Suggestion eines organisierten Schlepperkonzerns spricht. Die ausweglose Lage der Geflüchteten wird auch als Produkt einer EU-Diplomatie angeprangert, angesichts derer die Hilfe gegenüber Geflüchteten als die einzig rettende Perspektive erscheint, der Verfolgung »vom IS« zu entgehen und das »nackte Überleben« zu sichern (ebd.). Durchweg werden Geflüchtete hier nicht einfach als Opfer, sondern als handelnde Subjekte in den Blick genommen, die ihre Fluchtroute abwägen und sich entscheiden, auch wenn die Wahl der Entscheidung eine ist, deren Gefahr maßgeblich von der EU-Politik verschuldet wird. Solcherlei Bemühungen um ein differenziertes Psychogramm von Schleppern waren Einzelstimmen der Debatten in der ZEIT, die der herrschende Diskurs übertönte.

Den weitgehend festgefahrenen und teilweise ermüdeten Diskurs brachten erneut die Toten in Schwingung: Ende August drang unaufhaltsam eine weitere Nachricht des Entsetzens in die Redaktionsräume des europäischen Journalismus: 71 tote Geflüchtete, die eingepfercht in einen Lkw und qualvoll erstickt auf der A4 südöstlich von Wien auf einem Pannestreifen aufgefunden wurden. »Das Foto der Schande« betitelte die BILD ihren Leitartikel inklusive des Lkw-Fotos, dessen Veröffentlichung sie gegen den Vorwurf, dies sei pervers, verteidigte. Dieses Foto dokumentiere »das Grauen der Flucht«, das »Elend der Flüchtlinge«, die »Brutalität der Schlepper«, aber »auch das komplette Versagen der Politik, die dem Flüchtlingsdrama viel zu lange tatenlos zugehört« habe (Das Foto der, 2015). Der Schlusssatz des Artikels formuliert die Kernaussage, eine knappe moralische Anklage an Europa, an »uns«: »Eine Schande für den Kontinent Europa, für uns alle!« (Ebd.)

Das Grauen, das Elend und die Brutalität, sie werden hier kontrastiert mit dem kompletten Versagen: ein Totalausfall von Politik und zugleich eine Schande, etwas wofür »wir« Europäer uns zu schämen haben.

Dennoch: Die in den Medien präsentierten Kommentare der Ereignisse durch politische Vertreter verfolgten überwiegend immer noch die bekannte Inszenierung einer Umgehung moralischer Vorwürfe, so auch in der ZEIT: Das Problem seien die Schlepper, ihre Bekämpfung die Lösung. Die Schlepper seien »Kriminelle«, die »ein Vermögen mit dem Leid der Flüchtlinge« erwirtschaften (Das miese, 2015), die, wie Österreichs Innenministerin Miki-Leitner kommentierte, »hinter Gitter« gehören und deren Taten, so der österreichische Justizminister Brandstetter, eine »Form schwerster Kriminalität« seien, der »man europaweit konsequent entgegenwirken muss«. Es seien Verbrecher, die an den Geflüchteten »und an den unwürdigen Transportbedingungen Geld verdienen«, so der deutsche Innenminister de Maizière (Viele tote Flüchtlinge, 2015). Aber diese moralische Abwehrschlacht wurde – zumindest vorübergehend – rissig. Das europäische »Wir« stand schon längst unter Anklage, die Toten konfrontierten jene »Kampfansagen« mit der Bilanz des Versagens und der Tatenlosigkeit. Die »Tragödie« in Österreich verdichtete sich, wie die deutsche Kanzlerin meinte, »zur Mahnung an Europa, die Migrationsprobleme schneller zu lösen« (ebd). Die Karte, alles auf den Kampf gegen die Schlepper zu setzen, war offensichtlich erst einmal ausgereizt, nicht so sehr durch bessere Einsicht, eher als Ergebnis der deutlichen Ineffektivität dieser Strategie, die weder weitere Tote noch die Ankunft von weiteren Tausenden Geflüchteten verhindern konnte. Sie waren die handelnden Subjekte.

Der polnische Soziologe Zygmunt Baumann hat in einem seiner letzten Essays die These aufgestellt, dass Politik sich auf Dauer nicht gegen Angriffe zur Wehr setzen kann, die ihr eigenes, nationales moralisches Narrativ in Frage stellen: »Wie früher, so ist ›Moral‹ auch heute der Name einer weiterhin geschätzten und begehrten Eigenschaft«, zumal wegen ihrer bestätigenden Funktion, »moralische Überlegenheit gegenüber unseren Konkurrenten und Gegnern« zu beanspruchen (Baumann 2016: 79). Genau diese Etikettierung der moralischen Überlegenheit Europas, das Spiegelbild der moralischen Empörung über

die Skrupellosigkeit der Schlepper, wurde nun im Angesicht einer »moralische[n] Krise« auch von der ZEIT in Frage gestellt (Welt, 2015). Die Politik sei schon länger gefangen im »Modus der Verdrängung und der Fantasterei«, die Parolen, man »müsse Schleuserbanden bekämpfen, dann werde die Zahl der Flüchtlinge schon zurückgehen« oder »Zäune an den Schengen-Außengrenzen und Auffanglager in Libyen bauen«, seien nichts anderes als »Verdrängungsformeln« (Zu-mutung, 2015). Moralische Krise, Verdrängung, Fantasterei, Versagen, Tatenlosigkeit angesichts von Brutalität, Grauen und Elend – die medialen Zuschreibungen politischer Inkompetenz und mangelnder Realisierung des wirklichen Ausmaßes der immer wieder als solche betitelten »Tragödie« der Flüchtlingsereignisse zogen Kreise. Nicht nur in der ZEIT, sondern bis in die breite Leserschaft der Bild-Zeitung. Die Strategie des Kampfes gegen Schleuser – wie auch die der Investition in Sicherheits-Knowhow und in die Grenzpolitik der Herkunftsländer – sollte die europäische Diplomatie weiterhin subkutan bestimmen (vgl. Schulze Wessel 2017a: 168ff.). Aber gegenüber der Öffentlichkeit ließ sich in dieser Lage das Narrativ des Kampfes gegen die Schlepper als alleiniges Wirksamkeitslabel nicht länger plausibel darbieten, ohne dem Vorwurf der »Fantasterei«, eine Kategorie der politischen Verdrängung, ausgesetzt zu sein.

Der medial dominant eingeklagte moralische Handlungsimperativ nach Öffnung legaler Zuwanderung sollte letztlich wirkungsvolle Überzeugungskraft erhalten, um jener Sackgasse der Tatenlosigkeit unter der Fahne der Humanität wenigstens zeitweilig zu entrinnen. Dieser letzte Impuls war wiederum, wenn auch nicht ausschließlich, durch einen Todesfall Anfang September am Strand von Bodrum vermittelt: Ein zweijähriges Kind, ein ertrunkener Junge, sein Name: Ailan Kurdi.

2.2 »Wir« brauchen »Euch« - der »Flüchtling« als homo oeconomicus

Die Reaktion auf die Toten des Mittelmeeres, das, wie Heribert Prantl bitter kommentierte, einem »Friedhof [...] der Menschenrechte« gleicht (Prantl 2015: 10), bildete nur *einen* Strang des vielschichtigen Diskurses in Deutschland um das Thema Flucht ab. Die Lebenden, die Ankömmelinge und jene, deren Ankunft noch in Aussicht stand, triggerten mediale Impulse und Kommentierungen an, die die ökonomische Passgenauigkeit dieser Menschen, also eine Art Flüchtlingsutilitarismus, argumentativ in die Waagschale der rationalen Vernunft warfen. Unter dem Titel »Brauchen wir ein Rating für Einwanderer?« verhandelte die ZEIT Anfang Januar in einem stilisierten Streitgespräch zwischen den beiden ZEIT-Redakteuren Mark Schieritz und Philip Faigle die angemessene Antwort auf jene Frage (Rating, 2015: 31). Schieritz betonte in seinem als Auftakt des Streitgesprächs gesetzten Beitrag: »Deutschland braucht Zuwanderung, und die Zuwanderung muss stärker gesteuert werden.« (Ebd.) Ansonsten drohe der »Zusammenbruch« der Sozialsysteme, und »in dreißig oder vierzig Jahren« sei »schlicht niemand« mehr da, »der die Alten pflegt«. Dies sei eine Erkenntnis, die inzwischen, wie man am Plädoyer des Generalsekretärs der CDU, Peter Tauber, für ein Einwanderungsgesetz sehen könne, auch in konservativen Kreisen einen Tabudurchbruch bewirkt habe (ebd.). Ziel müsse es sein, dass sich Zuwanderung an der »gesellschaftlichen Integrationskraft« orientiert, weil ansonsten der Staat zu »kollabieren« drohe (ebd.). Es sei deshalb nicht verwerflich, »Zuwanderung nach ökonomischen Kriterien zu regeln«, etwa nach einem »Punktesystem«, allerdings müssten »auch die Richtigen kommen«. Für »Flüchtlinge [sollten] andere Regeln gelten«, denn hier ginge es ja um Humanität, wobei auch diesbezüglich gelte: »Humanität braucht eine ökonomische Basis.« (Ebd.) Gerade den letzten Aspekt, ob »Humanität immer eine ökonomische Basis« brauche, bezweifelt nun der Kontrahent Philip Faigle. Der »gewaltige Zustrom an jungen und gebildeten Einwanderern der vergangenen Jahre« sei »ein historischer Glücksfall«. In der Tat gehe es darum, »unsere Sozialsysteme stabil zu halten«. Deshalb sollten »wir jetzt die Tore weit

öffnen« und könnten uns »eine restriktive Einwanderungspolitik nicht leisten«, das »allein schon aus ökonomischen Gründen«, zumal schon jetzt »die neu ins Land kommenden Einwanderer besser gebildet« seien »als die hier lebende Bevölkerung« (ebd.). Der Dissens beider Autoren ist schwer auszumachen und bezieht sich wesentlich nur auf die Frage, ob ein Punktesystem, etwa nach kanadischem Modell, die passgenaue Basis für eine nachhaltige Einwanderungspolitik sein könnte. Diese Frage wurde bereits Anfang Februar vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Thomas Oppermann, prominent zur Debatte gestellt (vgl. Oppermann, 2015). Was im gleichen Artikel in ZEIT ONLINE als erklärende Hinweise zur Rubrik »Kolumne Streitfall« vermerkt wird, nämlich, dass es hier immer um ein Ringen »um die richtige Antwort auf eine aktuelle ökonomische Frage« gehe, stellt sich nur am Rande als Streitfall heraus (Brauchen, 2015). Viel entscheidender ist der argumentative Konsens einer ökonomischen Verwertungslogik, dass »wir« Zuwanderung »brauchen«, weil ansonsten der Zusammenbruch oder zumindest der Verlust der Stabilität »unserer« Sozialsysteme drohe. Dabei wird unspezifisch oder allenfalls sekundär vermittelt, dass es zunächst nicht um Geflüchtete geht, denn die Frage des Punktesystems betrifft allein die reguläre Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten. Das »Problem«, ob die Aufnahme etwa von Geflüchteten aus Syrien oder Afghanistan eine Frage der ökonomischen Basis von Humanität sei oder nicht, ist faktisch durch die Genfer Flüchtlingskonvention wie auch durch § 16a GG grundgesetzlich (mit allen Einschränkungen) geklärt: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«. In beiden Rechtsgrundlagen geht es nicht um ökonomische Verrechenbarkeit. Es geht um die Schutzgewähr gegenüber politisch Verfolgten, beziehungsweise, wie es in der Genfer Flüchtlingskonvention heißt, um diejenigen, die sich aus »Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung« außerhalb des Landes ihrer Staatsangehörigkeit befinden (Abkommen, 2015: 6). Das »Streitgespräch« legt aber nahe, dass es zu erwägen gelte, ob und inwiefern auch ökonomische Kalküle bei der Aufnahme von Geflüchteten eine Rolle spielen könnten und dass dies eine Frage der diskursiven Abwägung sei.

Solcherlei Nützlichkeitsabwägungen durchziehen immer wieder die Flüchtlingsdebatte in der ZEIT. Schon zu Beginn des Jahres warf Holger Bonin, Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmärkte im Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, in einem Gastbeitrag in ZEIT ONLINE die Frage auf, was uns Zuwanderung nütze, »oder kostet sie uns vielmehr etwas?« (Die Gastarbeiter-Ära, 2015). Dies sei eine Frage, die in Deutschland »angesichts stark gestiegener Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen heftig diskutiert« werde. Im Rahmen dieser Assoziation über die Kostenabwägung von Geflüchteten referiert der Artikel unterschiedliche Zahlenwerke einer jüngst erschienenen Studie der Bertelsmann-Stiftung (vgl. Bonin 2014). Ebenso rekurriert Bonin auf den Chef des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (Ifo), Hans-Werner Sinn. Auch er behauptet, dass »Ausländer« einen Überschuss »in den öffentlichen Kassen« generieren, was aber nicht bedeute, dass die Politik sich »zurücklehnen« könne, da der diesbezügliche »Vergleichswert für Deutsche« fast das Vierfache betrage (Die Gastarbeiter-Ära, 2015). Jene von Bonin im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erstellte Studie hatte ein gewisses ökonomisch verwertbares Potenzial der Geflüchteten, »von denen wir langfristig profitieren«, in Rechnung gestellt. Im Vorwort der Studie heißt es:

»Dieser neue, primär an Potenzialen und Chancen ausgerichtete Blick auf Migrantinnen und Migranten schließt auch jenen Personenkreis mit ein, den wir bisher nur aus humanitären Motiven in Deutschland aufgenommen haben: die Flüchtlinge. In diesen Menschen schlummern ebenfalls bislang ungenutzte Potenziale, von denen wir langfristig profitieren können. So sinnvoll es ist, die Asylpolitik humanitär auszurichten, so unsinnig ist es, den hier lebenden Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt und damit zu einem selbstbestimmten, produktiven Dasein so zu erschweren, wie Deutschland es lange Zeit getan hat. Immerhin: Die jüngsten politischen Entscheidungen in der Asylpolitik, mit denen beispielsweise das Beschäftigungsverbot für Flüchtlinge deutlich verkürzt und die Residenzpflicht abgeschafft wurde, zeigen, dass Deutschland auch hier endlich bereit ist, neue

Wege zu beschreiten und Einwanderer verstärkt als die in den Blick zu nehmen, die sie bei klug gestalteten politischen Rahmenbedingungen sein können: Leistungsträger für Deutschland.« (Bonin 2014: 5)

Lapidar und konträr zum eingangs eingeführten Hinweis auf die stark gestiegenen Zahlen von Geflüchteten, die Anlass zur »heftig diskutierten« Kostendebatte böten, erklärt sodann der »Experte« gegen Ende seines Gastbeitrags: »Die Rechnungen der Ökonomen lassen Flüchtlinge und Asylbewerber außen vor«, ihre Aufnahme habe »humanitäre Gründe« und das lasse sich nicht irgendwelchen »Kosten-Nutzen-Bilanzen« unterwerfen. Der »Aufwand« dafür sei »von allen Bürgern – Deutschen und Ausländern – gemeinsam« zu tragen (Die Gastarbeiter-Ära, 2015).

Wenn demnach also doch von einer Aufwands-Seite gesprochen wird bei gleichzeitig vorzunehmender Zurückhaltung, eine Kosten-Nutzen-Rechnung anzuwenden, dann bleibt als Antwort auf die – wie unterstellt – »in Deutschland« heftig diskutierte Frage, ob Zuwanderung »uns« etwas koste, nur: Ja, aber diese Leistung der »allgemeinen öffentlichen Ausgaben« müssen »alle Bürger« tragen! Damit wird suggeriert, dass es um die latente Zahlungspflicht der Bürger geht, aus »humanitäre[n] Gründen« (ebd.) Geflüchtete finanziell zu unterstützen, ein Grund, von dem an anderer Stelle diskutiert wird, ob er sich nicht ökonomisch abwägen lassen müsse. Er unterstellt fälschlicherweise eine direkte finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger, die aber an dieser Stelle ebenso wenig vorliegt wie bei Ausgaben des Verteidigungshaushaltes, der polizeilichen Sicherung von deutschen Fußballstadien oder anderen staatlich finanzierten Aufwendungen, zumindest ist deren unmittelbare oder kausale Verrechenbarkeit nicht gegeben. Die Nutzerkonkurrenz von öffentlichen Ausgaben greift allenfalls, angesichts eines komplizierten föderalen Systems, bei der Güterabwägung hinsichtlich der Verausgabung von freiwilligen kommunalen Leistungen, was zwar auch hin und wieder Gegenstand des medialen Diskurses sein sollte, aber in diesem Artikel mit dem saloppen Hinweis auf die Zahlungspflicht »alle[r] Bürger« keiner differenzierten Betrachtung zugeführt wurde. In der Summe bleibt also: Geflüchtete kosten, »alle Bürger« müssen zahlen, aber eine

Problematisierung dieses Sachverhalts verbietet sich, weil Humanität keine ökonomischen Folgeabwägungen erlaubt! Das ist die Tabuisierung des Diskurses über eine Frage, die eigentlich keine ist, jedenfalls haben ökonomische Abwägungskalküle bezüglich der Aufnahme von Geflüchteten – rechtlich betrachtet – keinerlei Entscheidungsrelevanz.

Die ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen wie auch die Diskussion über die Belastbarkeitsgrenze des deutschen Sozialstaates flackerten im Jahr 2015 immer wieder im Rahmen der Debatte über Geflüchtete auf. »Was kostet es, wenn er kommt?«, so lautete der Titel eines im Wirtschaftsteil der ZEIT von Friedemann Bieber und Caterina Lobenstein erschienenen Artikels vom 30. Juli 2015 mit dem Untertitel: »Deutschland streitet, wie viele Flüchtlinge es sich leisten kann.« (Was kostet, 2015) Der Fokus des Artikels liegt auf der Länder- und Kommunalfinanzierung und stellt zunächst einmal in Rechnung, dass niemand genau wisse, wie viel die Geflüchteten »kosten«, denn in den Kommunalhaushalten gäbe es diesbezüglich keine gesonderten Posten. Die Aufwendungen für Geflüchtete seien in den einzelnen Positionen wie »Unterbringung, Verpflegung und Betreuung«, die auch für andere Zielgruppen gelten, aufgenommen (ebd.). Sowohl aus dem Bundesfinanzministerium als auch aus den meisten Bundesländern käme die Experten-Nachricht, dass es keine Ausgabenkonkurrenz oder »Abstriche an Leistungen für die Bürger« gebe (ebd.). Lediglich in Schleswig-Holstein werde für die Erstaufnahmestellen »ein Sondervermögen angezapft, das eigentlich für die Sanierung von Hochschulen vorgesehen« sei (ebd.). Wenn allerdings die Anzahl der Asylbewerber weiter steige und sich zudem die wirtschaftliche Lage verschlechtere, »könnte es [...] bald mehr Bundesländern so gehen wie Schleswig-Holstein« (ebd.). So sehr dieser Artikel offenbar einen Beitrag zur Versachlichung hinsichtlich der Kostenfrage zu liefern beabsichtigt, eine Streitfrage, in der sich vermeintlich ganz »Deutschland« befinde, so sehr ist doch die Grundfrage des Artikels in einer merkwürdigen Logik verfangen. Wie viele Geflüchtete sich Deutschland »leisten« könne, assoziiert nicht nur so etwas wie eine objektive Leistungsgrenze, die entsprechend bei Überschreitung flüchtlingspolitische Restriktionen abverlangen müsste, sondern bietet mit dem Leistungs-

begriff eine fragwürdige Entleihung aus der Konsumwelt. Als sei »der Flüchtling«, so wie der SUV, die Fernreise nach Bali oder der hochkulinarische Restaurantabend eine finanziell kalkulatorische Größe der Leistungskapazität, nur, dass in diesem Fall »Deutschland« in Form einer Personifizierung als Leistungssubjekt auftritt. Die Formulierung im Titel, »wenn er kommt«, mutet ebenso merkwürdig an, wenn man bilanziert, dass Ende Juli 2015 bereits mehrere hunderttausend geflüchtete Menschen »da« gewesen sind. Assoziiert wird das Kinderspiel: »Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?«, Antwort: »Niemand!« »Und wenn er kommt?«, Antwort: »Dann laufen wir!« Aber es besteht dem Duktus dieses Artikels nach, kein Grund wegzulaufen und auch keiner, länger zu streiten, denn die Antwort auf die indirekt gestellte Frage, wie viele Geflüchtete sich »Deutschland« leisten könne, lautet aktuell: Mehr als bisher, auch wenn die Grenze der Belastbarkeit keine unendliche Dehnungsfuge hat. Diese Antwort klärt nichts, sie bestätigt lediglich, dass Geflüchtete »uns« etwas »kosten« – eine Botschaft, die von rechtspopulistischen Kreisen gerne bedient wird.

Nur eine Woche später inseriert die Titelseite der ZEIT die euphorische Botschaft von Sabine Rückert: »Freunde gesucht. Flüchtlinge sind ein Glück für Deutschland« (Freunde gesucht, 2015: 1). Einleitend wird an das »Märchen vom selbstsüchtigen Riesen« von Oscar Wilde erinnert, der durch die Ummauerung seines Parks zum Schutz vor Besucherinnen und Besuchern provoziert, dass Frühling, Sommer und Herbst den Park meiden und ihm nur noch »der Winter, der Schnee und der Frost« bleiben (ebd.). Das sei ein Gleichnis für Deutschland, dieses »prächtige Land«, das nach dem Willen derer, die »eine geistige Mauer um unser Land bauen und mit Widerwillen auf die steigende Zahl der Schutzsuchenden starren«, in »absehbarer Zeit eine Winterlandschaft des Alters« sein werde (ebd.). Für Deutschland »sind die Flüchtlinge, diese vielen jungen, zuversichtlichen, nicht selten begabten und ehrgeizigen Menschen, ein Glück«, durch das wir das »Zusammenbrechen der Sozialsysteme« verhindern können (ebd.). Zum Beleg dieser These wird eine sechsköpfige Familie aus Usbekistan bemüht, die im Oktober 2012 »bei mir zu Hause vor der Tür« stand, kaum Gepäck, »keine Sprachkenntnisse«. Inzwischen stehe die Mutter »vor der ärztlichen

Approbation«, der Vater berichte »für einen amerikanischen Sender« und die vier Kinder seien entweder in der Ausbildung, auf dem Gymnasium oder wie der Jüngste, Orhon, in der Grundschule (ebd.). Gegen Ende des Artikels erfolgt der Appell an »uns«, die wir gefordert seien, die »Integration so vieler Menschen in unsere Gesellschaft« zu vollbringen, denn das ginge »jeden von uns« an: »Dann könnte es für uns auch so gut enden wie bei Oscar Wilde« (ebd., Hervorh. i.O.). Die Parallelität zwischen dem vom Frost regierten Park in Oscar Wildes Märchen und der »Winterlandschaft des Alters«, die Deutschland drohe, wenn es seine Grenzen nicht für die »vielen jungen [...] Menschen öffne«, steht letztlich im Dienst eines eindeutigen, wenn auch blumig ummantelten ökonomischen Kalküls: Angesichts des demografischen Wandels brauchen »wir« die jungen Geflüchteten, um die den »Zusammenbruch der Sozialsysteme« bedingende Altersstruktur zu durchbrechen. Dass zudem das Beispiel einer angehenden Ärztin und eines Journalisten aus Usbekistan als Prototypen der Geflüchteten inseriert wird, soll wohl davon überzeugen, dass diejenigen, die weiterhin mit »Widerwillen auf die [...] Schutzsuchenden starren«, ökonomisch blind sind und den perspektivisch demografischen Eigennutz verspielen. Geflüchtete werden hier also angepriesen als der ökonomische »Frühling« Deutschlands.

Die ZEIT widmete sich in der vorletzten April-Ausgabe 2015 (als Online-Veröffentlichung Anfang Mai) in einem ganzen Politik-Teil unter der offenen Frage »Was wollen wir tun?« dem streitbaren Diskurs »über den richtigen und falschen Umgang mit Flüchtlingen« (Was wollen, 2015: 1), in dem es, wie erwähnt u.a. auch um das Thema Schlepper ging (vgl. Jetzt wird, 2015). Bernd Ulrich und Heinrich Wefing stellen in ihrem Leitartikel in Rechnung, dass sich die Flüchtlingsthematik nicht in Kürze erledigen, sondern »über Jahrzehnte« andauern werde, womit sie zugleich ein »epochales Problem« darstelle. Deshalb habe man »zum ersten Mal in der Geschichte der ZEIT« den »Politikteil freigeräumt« und sich für »eine monothematische Ausgabe entschieden« (Denkt, 2015: 2). Ein thematischer Schwerpunkt des Politikteils verfolgt die streitbare Abwägung von zwei Positionen innerhalb der Redaktion der ZEIT und befasst sich vor allen Dingen mit dem Kosten-Nutzen-Kalkül. Jochen Bittner führt das Beispiel einer »fünfköpfigen syrischen

Flüchtlingsfamilie« ein, der vor gut einem Jahr »ideale Startbedingungen« zuteilwurden, die aber nicht zum Erfolg geführt hätten. Die Tochter, die Architektur hatte studieren wollen, mache jetzt ein »Praktikum bei einem Zahntechniker«, ihre beiden Brüder »absolvieren einen Sprachkurs nach dem anderen« und ihr »Frust« und ihre »Langeweile« wüchsen. Der 61jährige Familienvater sei geplagt davon, dass er »keine Aussicht auf einen Job« habe, und man merke, wie sehr der an sich lebensfrohe Mann »plötzlich still wird und die Brille hochschiebt, um sich die Augen zu reiben« (Ankommen, 2015: 8). Das »Schicksal der Familie«, das »natürlich nicht allgemeingültig« sei, zeige aber dennoch: »Nach einem halben Jahr der Erleichterung, der Hölle entflohen zu sein, kommt der Einbruch.« (Ebd.) Dieses angeführte Beispiel liest sich wie eine Gegengeschichte der Ernüchterung, wie ein indirekter Aufruf zu mehr Realismus und solider Zurückhaltung, allzu naiv oder projektionsgeladen Integrationsmechanismen in den ersten Arbeitsmarkt und das Bildungssystem in Deutschland für selbstverständlich zu halten. Insofern birgt er eine durchaus lebensweltlich basierte Kritik an voreiligen ökonomischen Verwertungskalkülen, ohne dass er sich – angedeutet in dem sprachlichen Gegenüber von »Hölle« einerseits und »Einbruch« andererseits – dem Plädoyer für ein »Zurück« in jene Hölle verschreibt.

In der Entgegnung von Gero von Randow und Özlem Topçu rufen beide zu mehr Geduld auf, denn ein Jahr Eingewöhnungszeit sei nicht der Maßstab, wenn man sich an die Zeit erinnere, die es benötigt habe, die Vertriebenen, die Gastarbeiter und Spätaussiedler zu integrieren. Zudem gelte: »Verglichen damit nehmen wir im Moment nur wenige Menschen auf.« (Wir sind doch, 2015: 8) Darüber hinaus seien es die Türkei und der Libanon, in denen zehnmal so viele Geflüchtete lebten wie in Deutschland, ein Vergleich übrigens, der ebenso wie die historische Erinnerung an die Vertreibungs- und Flüchtlingsdimension der europäischen Nachkriegswehen im Dienst einer Relativierung gegenwärtiger Fluchtereignisse immer mal wieder in die Debatte eingeworfen wurde (vgl. Böhmen, 2015). Für von Randow und Topçu ist es ein nur relativ unerheblicher Unterschied, ob es nun perspektivisch 150.000 oder drei Millionen sein würden, die noch nach Deutschland kämen. Es gäbe »keine Kriterien dafür, wie viele Fremde eine Gesellschaft auf-

nehmen kann« (Wir sind doch, 2015: 8). Ökonomisch sei klar, dass »wir dann alle die Wohlstandsgewinne« kassieren, die »die Einwanderung am Ende abwirft« (ebd.). Diese »Entgegnung« trifft nicht wirklich die von Bittner gezeichnete Sachebene lebensweltlicher Problemstellungen der Integration, sondern nivelliert sie überdimensioniert und radikal mit dem quantitativen Zahlenwerk von drei Millionen. Sie banalisiert sie geradezu lapidar mit dem Hinweis, es gäbe keinerlei Kriterien für die Grenzziehung gesellschaftlicher Integrationsleistung. Nur, Bittner hatte gerade nicht diese gesellschaftliche Perspektive und auch nicht die Frage der Geduld aufgeworfen, die »wir« aufbringen müssen, sondern den Aspekt menschlicher Enttäuschung und Ernüchterung auf Seiten jener von ihm gewählten, geflüchteten Familie fokussiert. Dass »wir dann alle Wohlstandsgewinne« einstreichen, ist eine ökonomisch angepriesene Lösungsperspektive, die völlig an der Problemzone individueller Bewältigungskompetenz der Geflüchteten, sich sinnvoll und »lebensfroh« beheimatet zu fühlen, vorbeizieht.

Das Stichwort Wohlstandsgewinn bot Mariam Lau und Elisabeth Niejahr die Anknüpfung für ihre ins Feld geführte These, dass diese Gewinne möglicherweise »Wohlhabende in Zukunft einstreichen«, nicht aber »die Schwächsten«, die eigentlichen Kostenträger der Integration von Geflüchteten (Die Schwachen, 2015: 8). »Die Lasten der Zuwanderung tragen ausgerechnet die Ärmsten«, sie konkurrieren um »Jobs, billige Wohnungen und Öffentliche Dienstleistungen«, ihre Kinder seien in überfüllten Schulklassen mit vierzig Kindern und müssten zum Sport auf »den Tennisplatz ausweichen, wenn die Turnhalle in ein Aufanglager umgewandelt wird« (ebd.). »Heute wenden sich die, die wenig haben, gegen die, die nichts haben. Heute geht es um die Zukunft des Sozialstaats.« (Ebd.) Und daher gelte: »Massenzuwanderung einerseits und Wohlfahrt im gewohnten Umfang andererseits funktionieren auf Dauer nicht parallel.« (Ebd.) Bemerkenswert, dass diese Positionierung ihre Argumente nicht aus der direkten Recherche auf der Ebene jener »Schwächsten« speist. Vielmehr wird ein Narrativ *über* dieses Milieu konstruiert, das eine nicht näher differenzierte Gruppe als Synonym für Verlierer kollektiviert. Deren Zugehörigkeit müsste ja bereits von jenen Eltern assoziiert werden, deren Kinder im Regelschul-

system – nicht gerade ein Spezifikum von Menschen in unteren sozialen Schichten – beschult werden. Die mit keinem föderalen Schulgesetz vereinbare Dimensionierung von vierzig Kindern in einer Schulklasse dient der Dramatisierung und Plastizität, mit der jene allgegenwärtig behauptete Konkurrenz dieser »Schwächsten« mit Geflüchteten als Faktum deklariert wird. Uniform wird dieser Gruppe eine latente Fremdenfeindlichkeit unterstellt, was – angesichts der gewählten Beispiele und des Szenarios, dass die »Zukunft des Sozialstaats« in Frage stehe – als eine nachvollziehbare Haltung plausibilisiert und indirekt entschuldigt wird. Nur, diese Unterstellung ist gar nicht deckungsfähig mit der Milieu-Analyse der sozialen Schichtzugehörigkeit von AfD-Anhängern und Sympathisanten der rechten Szene, die durchaus auch in der sozialen Mitte, vor allen Dingen aber in den Milieus »ganz oben« zu finden sind (Krause et al. 2015: 50). Denn auch »im Wohlstand« bauen sich »Abstiegsängste[n]« auf und man reklamiert die »Absicherung gegen die angebliche Konkurrenz durch neu hinzugekommene Migranten oder Flüchtlinge«. Das sind Haltungen, die »seit der Finanz- und Wirtschaftskrise auch bei Personen mit höherem Einkommen signifikant zugenommen« haben (Heitmeyer 2018: 124f., Hervorh. i.O.). Dieser Artikel formt insofern ein in dieser Pauschalität gewillkürtes Konkurrenz-Konstrukt, das unter dem Label der Parteilichkeit für die »Schwächsten« inhaltlich auch von der rechtspopulistischen Szene genutzt wird (vgl. Weiß 2017). Das ist nur ein Beispiel dafür, dass die Argumentation dieser Szene auch in zentrale Medien der bürgerlichen Mitte einwandert.

Die Entgegnung von Caterina Lobenstein, Gero von Randow, Merlind Theile und Mariam Lau geht nicht in die grundsätzliche Kritik an jener Perspektive über das konstruierte Milieu der »Schwächsten«, sondern nimmt mit der Behauptung, dass »das Gegenteil [...] wahr« ist, das Konstrukt auf. Illegale Einwanderung fördere die Schattenwirtschaft und drücke damit »das Lohnniveau zulasten der Schlechtverdienenden«. Legale Einwanderer hingegen, so die Erfahrung, nähmen die Jobs auf, die »schwer zu besetzen sind: in der Landwirtschaft, im Bau- und Verkehrswesen, im Handwerk« und »in der Altenpflege« (Flüchtlinge nutzen, 2015: 9). Dies bringe den Vorteil, dass einerseits jene »Waren

und Dienstleistungen« erschwänglich blieben und andererseits die Einwanderer durch ihre Kaufkraft auch »Wirtschaftsimpulse« böten (ebd.). Wiederum wird das Zukunfts-Bild der »alternde[n] Gesellschaft« bemüht, angesichts derer »wir jedes Jahr rund 400.000 zusätzliche Arbeitskräfte« bräuchten. Als Experten-Referenz wird auf die Wirtschaftsverbände verwiesen, die bereits im März gefordert hätten, »Berufsabschlüsse von Flüchtlingen anzuerkennen«, »Sprachkurse für Flüchtlinge« anzubieten und die Asylverfahren zu beschleunigen. Da die »meisten Flüchtlinge« Geld in ihre Heimat schickten und, wenn sie als qualifizierte Kräfte zurückkehren, »wiederum Wachstumsimpulse für die Ursprungsgesellschaft« böten, gelte: »Migration nützt allen« (ebd.).

Unter dem Titel »Rahmat packt zu« bedient ein Artikel von Catalina Schröder in der Printausgabe der ZEIT zur Jahreswende 2014/15 genau jene Perspektive der »Basis« (Rahmat, 2015: 68), die in der medialen Berichterstattung über die Flüchtlingsthematik insgesamt nur selten gewählt wurde (vgl. Haller 2017). Es geht um den jungen Rahmat, dessen Flucht ihn aus einem »kleinen Dorf in Afghanistan« über Kabul, den Iran, die Türkei und Griechenland bis nach Hamburg führte. Dramatisch setzt der Artikel retrospektiv mit seiner Seenotrettung in griechischen Gewässern ein und bemüht dabei die unmittelbare Erzählperspektive des Jungen: »Ich habe gedacht: Jetzt ist es einfach vorbei.« (Rahmat, 2015: 68.) Aber, er sei nicht gestorben, habe Deutschland mit »nichts als Kleidung an seinem Körper« erreicht, beseelt von nur einem großen Wunsch, »endlich zur Schule gehen zu können« (ebd.). Rahmat sei ein »Bildungsflüchtling«, der von einer »Zukunft« träumte, »die ihm in seiner Heimat verwehrt war« (ebd.). In seinem Dorf konnte er nicht die Schule besuchen, das sei wegen des Schulgeldes finanziell für seine Eltern aus ärmlichsten Verhältnissen nicht leistbar gewesen, weshalb ihm zeitlebens nur die Perspektive geblieben wäre, Schafe zu hüten. Dem 13-Jährigen gelang dank harter Anstrengung die Flucht mit Zwischenstationen als Tellerwäscher in Kabul und dem Sortieren von Plastikflaschen in einer Fabrik im Iran, wo er erstmals in seinem Leben Bilder von Deutschland im Fernsehen wahrnehmen konnte, die ihn sehnsüchtig beten ließen: »Lieber Gott, schick mich gesund nach

Deutschland oder lass mich sterben.« (Ebd.) Nachdem er sich erfolgreich bis nach Deutschland geschmuggelt hatte, erhielt er endlich in Hamburg die Möglichkeit der Beschulung, zunächst nur in Form eines Deutschkurses. Dann zeichnet der Artikel die Spuren der unablässigen Anstrengungsbereitschaft und Wissbegierde des Jungen nach, eine Tugendanalyse, die auch in anderen Artikeln die vermeintliche Strebsamkeit von jugendlichen Geflüchteten anpreist (vgl. Die Streber, 2015). »Er übt. Tag für Tag«, »gibt nicht auf«, übt nach »dem Unterricht und an den Wochenenden«, besucht eine Flüchtlingsklasse, »kämpft sich heran an die deutsche Sprache und das Leben in Deutschland«, schafft seinen Hauptschulabschluss und bekommt die Chance auf einen Praktikumsplatz in einem Maurerbetrieb, denn er »will Maurer werden« (Rahmat, 2015: 68). Schon nach einem Tag Praktikum bietet ihm der Chef einen Ausbildungsplatz an, denn er »schätzt es, dass Rahmat zupacken kann« und »nicht rumsteht« (ebd.). Aber Rahmat ist noch nicht am Ende seiner Träume, er hat ein Ziel. »In drei Jahren will ich meine Prüfung zum Maurermeister machen.« (Ebd.)

Der Artikel nutzt durch Inanspruchnahme von Experten das Beispiel dieses Jungen, um auf strukturelle und asylpolitische Probleme hinzuweisen. So bestätigt Tobias Klaus von Pro Asyl, dass der unsichere Aufenthaltsstatus der Betroffenen viele Arbeitgeber davon abhalte, Ausbildungsverhältnisse einzugehen, dabei »wäre das die beste Integration« (ebd.). Und Bahram Habib vom Projekt »Integration durch Ausbildung«, der jedes Jahr etwa einem Dutzend Geflüchteter zu einem Ausbildungsplatz ver helfe, was dem »Fachkräftemangel« in »kleinen Betrieben« sehr entgegen komme, erläutert, dass dennoch viele abbrechen, weil sie so sehr ihre Familie vermissen, »dass sie sich nicht auf die Ausbildung konzentrieren können« oder schlichtweg in den überfüllten Flüchtlingsunterkünften »nicht genügend Schlaf und Ruhe zum Lernen haben« (ebd.).

Die hier primär gewählte Akteurs-Perspektive eines Flüchtlingsjungen wirbt um empathische Identifikation mit der Figur des »Helden« Rahmat, dessen Tugendhaftigkeit als ein anstrengungsbereiter, bildungshungriger, integrationswilliger und gottesgläubiger junger Mann mehrfach in den Fokus rückt. Vom Schäfer aus Afghanistan über den

Tellerwäscher in Kabul bis zum Maurer(meister) in Deutschland wird die berufliche Integrationsleistung von Rahmat zum Erzählgeländer dieser bewegenden Geschichte eines »Bildungsflüchtlings«. Sowohl der Maurermeister mit seinem Fachkräftemangel und der Erfahrung, dass andere nicht anpacken und nur rumstehen, als auch der Integrationshelfer Habib haben durch diesen Jungen Anteil an einer beeindruckenden Erfolgsstory, die im Resultat auf das noch ausbaufähige Potenzial ökonomischer Passgenauigkeit für den deutschen Arbeitsmarkt verweist. Entsprechend ist der Hinweis auf die Vereinsamung und auf die überfüllten Unterkünfte der jungen Menschen als indirekter Appell zum Familiennachzug und zu einer humaneren, dezentralen Unterbringung zu verstehen, um die Integrationsquote in den Ausbildungsmarkt zu erhöhen. Ebenso wäre dafür auch eine ausbildungsfreundliche Regelung des Aufenthaltsrechts zu gewährleisten, die laut Auskunft des Experten von Pro Asyl nicht nur für die Geflüchteten die Möglichkeit bietet, »schnell eigenes Geld« zu verdienen, sondern auch »das Sozialsystem« zu entlasten (ebd.).

Das Ziel, die »jungen, [...] begabten und ehrgeizigen« Menschen in den Arbeitsmarkt zu überführen (Freunde, 2015), war auch Anfang 2015 Gegenstand prominenter politischer Intervention auf Länderebene. Parteiübergreifend hatten sich, wie die Süddeutsche Zeitung berichtete, drei »Länderchefs«, der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), sein hessischer Kollege, Volker Bouffier (CDU) sowie die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) im Februar 2015 in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür eingesetzt, für Geflüchtete in Ausbildung einen Abschiebestopp zu sichern und beim Übergang in eine Beschäftigung eine »zunächst befristete Aufenthaltsgenehmigung« zu gewähren (Länderchefs, 2015). Argumentativ wurde ins Feld geführt, dass gerade die 16- bis 35jährigen Asylsuchenden »hochinteressant für die Wirtschaft« seien und durch solch eine Regelung »Planungssicherheit« für beide Seiten, also die »Jungen Leute« und »die Ausbildungsbetriebe«, gegeben sei. Zudem sei eine derartige Stärkung des Bleiberechts auch aus »humanitären Gründen« zu erwägen. »Es muss das Interesse aller sein, diesen jungen Menschen, welche aus ihrem Heimatland geflohen

sind, zu ermöglichen, durch eine Ausbildung eine solide Grundlage für ihr zukünftiges Leben aufzubauen», so der Wortlaut im Brief an die Kanzlerin (ebd.) Die Argumentation aus der politischen Perspektive deckt sich im Resultat also mit der Bilanz der Story um Rahmat. Nur, dass hier der Bezug zu den Interessen der deutschen Wirtschaft deutlicher auftritt und dieser Aspekt der Ökonomie zugleich als humanitär kompatibel ausgewiesen wird. Der Hintergrund jener Andeutung von wirtschaftlichen Interessen bildete das wenige Tage zuvor in der SZ veröffentlichte Votum des Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Hans Peter Wollseifer, in dem er ein »humanitäres Bleiberecht« für Geflüchtete eingefordert hatte (»In Deutschland«, 2015). Wollseifer hatte mit seinem Votum speziell ausbildungsfähige Geflüchtete im Blick, häufig »gebildete junge Leute aus dem Irak und Syrien«, die sich willensstark »bis hierher durchgekämpft hätten« und die »etwas tun wollen« (ebd.). Ihnen müsse man die Möglichkeit bieten, »vom zweiten Tag an Deutsch zu lernen und so sinnvoll beschäftigt zu werden« (ebd.). Und wer eine Ausbildung aufgenommen habe, müsse weitere zwei Jahre das Bleiberecht erhalten, dann seien auch »Betriebe zusätzlich motiviert, diese jungen Leute einzustellen« (ebd.). Eine solche Regelung sei für ihn ein »Akt der Menschlichkeit« (ebd.). Das Bild von gebildeten, willensstarken und kämpferischen Flüchtlingsjungen, das hier erzeugt und medial reproduziert wird, plausibilisiert die Forderung, für diese Menschen aufenthaltsrechtliche Regelungen zu finden, um sie effektiver dem Ausbildungsmarkt zuzuführen. Das sei gleichermaßen ein gegenüber den Geflüchteten humanitärer Akt wie auch vorteilhaft für das Handwerk.

Es ist bilanzierend auffällig, dass die ambivalent diskutierte Frage der ökonomischen Relevanz der Figur des »Flüchtlings« hinsichtlich ihres Nutzens oder Schadens für die aufnehmende Gesellschaft einen durchaus facettenreichen Raum in der medialen Aufbereitung von ZEIT und ZEIT ONLINE eingenommen hat. Die aufgeführten Beiträge warteten durchweg mit ökonomisch inspirierten Kalkulationen auf und begegneten sich insofern monothematisch. Die gemeinsame Mitte der Argumentation ist der Aspekt der ökonomischen Verwertbarkeit von Geflüchteten. Wenn auch die Frage nach ihrem »Gebrauchswert« unter-

schiedlich beantwortet wurde, so ist doch die gemeinsame Botschaft, dass die jeweilige Antwort wesentlich über den Grad der gesellschaftlichen Akzeptanz von Geflüchteten entscheidet. Die Projektionen, die hier aufgebaut wurden, sind erheblich: Zum einen werden essentielle Konkurrenzen zwischen Geflüchteten und den »Schwächsten« konstruiert und letztere insofern pauschal zu Kostenträgern der Zuwanderung stilisiert (Die Schwachen, 2015: 8). Zum anderen dienen Arbeitsmarktspekulationen über Geflüchtete als günstige Ersatzkräfte im geringqualifizierten Bereich (vgl. Flüchtlinge nutzen, 2015: 9) oder als potenzielle Ärztinnen und Ärzte (vgl. Freunde gesucht, 2015: 1) der ökonomischen Anpreisung, was schlichtweg spekulativ ist, wie Simulationsrechnungen der Arbeitsmarktforschung jener Zeit abwägend bestätigen (vgl. Flüchtlinge und andere Migranten 2015; Integration von Flüchtlingen 2015). Auf Geflüchtete wird insofern ein Lösungspotenzial projiziert, entweder derart, dass ihr Kommen der sozialstaatlichen, demografischen oder arbeitsmarktstrukturellen Misere Deutschlands passgenau entgegengewirkt oder aber, dass durch ihre Abschottung die Zukunft des Sozialstaates erst gesichert werden kann. Für beide Szenarien steht die Figur des »Flüchtlings« verantwortlich Pate.

Im Rahmen der »Kosten-Nutzen-Debatte« führten die befürwortenden Stimmen einer offensiven Flüchtlingspolitik einen Humanitätsaspekt ein, der durchaus ökonomisch geprägt ist. Auch in manchen Artikeln aus ZEIT und ZEIT ONLINE wurde Humanität als ein moralischer Bestandteil ökonomischer, meist arbeitsmarktpolitischer Rationalität angepriesen. Stimmen aus der Politik wie auch den Arbeitgeberverbänden, die in diese Richtung gingen, fanden dort eine bestärkende Spracharena. Die Ausbildung oder Beschäftigung jener jungen, vermeintlich willensstarken und durch die Flucht erprobten Männer, ein gemeinsames Anliegen von Politik und Wirtschaft, wurde als »Akt der Menschlichkeit« inseriert und damit moralisch aufgewertet. Dass dabei nicht alle eingebrachten Argumente, wie etwa das der passgenauen Fachkräftebedarfsdeckung, arbeitsmarktanalytisch belegbar waren, zeigt nur, dass in diesem Kampf um die Deutungs- und Deutungshoheit der Flüchtlingsereignisse die »Sozialdimension des Erzählens«

in Teilen eben auch »auf Kosten der Sachdimension« die Oberhand gewonnen hat (Koschorke 2017: 350).

Die Argumentationsmuster verbindet, dass sie in hohem Maße pauschalisieren. Geflüchtete werden zu einer diskursiv produzierten Metapher, zum Sinnbild für Zukunft, die ihr Bildungsstreben, ihre Anstrengungsbereitschaft, ihr Fleiß, ihre Nützlichkeit eröffnet, oder aber sie werden zum Sinnbild der Bedrohung. Vergeblich sucht man in den meisten Kommentierungen differenzierte Bemühungen, geflüchtete Menschen in ihrer jeweiligen Individualität zur Sprache zu bringen, sie als Subjekte ihrer eigenen Erzählungen zu befähigen, ihrer jeweiligen Geschichte über Herkunft, Fluchtwege und -motive, über persönliche Erfahrungen, politische Hintergründe, eigene Traumatisierungen und ersehnte Perspektiven Raum zu geben. Vorherrschend ist eine distanzierte Perspektive, die den Erzählstoff von Ferne webt und im binär codierten Gegenüber von »wir« und »sie« verbleibt. Da, wo diese wie bei »Rahmat« durchbrochen wird, erscheint die Story konstruiert, und sie typologisiert den als »Bildungsflüchtling« kategorisierten »Helden« zum Inbegriff tugendhafter und ökonomisch verwertbarer Strebsamkeit. Es wird aber nicht nur über geflüchtete Menschen spekuliert, sondern ebenso *über* Menschen aus sozial schwachen Milieus, *über* Schülerinnen und Schüler oder auch *über* Arbeitskräfte im einfachqualifizierten Segment (vgl. Die Schwachen, 2015: 8). Die jeweils Betroffenen, die zum Aufbau der Botschaften genutzt werden, also die Akteurinnen und Akteure vor Ort, finden wenig Gehör und Stimme: Ob es sich um die Menschen in den Wohnbezirken handelt, in denen vermeintlich Konkurrenz um Wohnraum entstanden ist, um das Lehrpersonal wie auch die Schülerinnen und Schüler, die vermeintlich die Leidtragenden der Zuwanderung sind, oder um die Kitas, die Behörden, die Sportclubs und die Verkehrsbetriebe, also die Bereiche der »öffentlichen Dienstleistungen«, in denen angeblich Geflüchtete und die »Schwächsten« konkurrieren (ebd.). Auch kommen Geflüchtete nicht mit ihrer vermutlich je individuellen Vorstellung darüber zu Wort, welche Jobs sie in Deutschland ergreifen möchten, wenn sie überhaupt zu diesen perspektivischen Gedanken schon in der Lage sind.

Wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Interessen Deutschlands standen im Fokus und rangen im Rahmen der Deutungsp pluralität, die das »Kommen« der Geflüchteten auslöst, um das Argument, dass sich hier für Deutschland eine ökonomische und zugleich humanitäre Win-Win-Situation eröffnet. Es mag sein, dass diese moralisch inspirierten Argumentationsfiguren derer, die Geflüchtete als funktional passgenau und gewinnbringend für den deutschen Arbeitsmarkt anpriesen, auch deshalb um Deutungshoheit bemüht waren, weil sich an anderer Stelle massive Gegenwehr gegen Geflüchtete auf tat. Denn randalierende Auftritte der streitbaren Gegner jeglicher Zuwanderung, die nicht nur in Frage stellten, ob Zuwanderung legitim ist, sondern aktiv und präventiv gewaltbereit Geflüchtete zum wandelnden Sicherheitsrisiko und zu Symptomträgern von »Überfremdung« definierten (vgl. Koppetsch 2019: 135f.), nahmen immer mehr Raum ein. Aufmärsche von Pegida und Legida und flüchtlingsfeindliche Ereignisse in Orten wie Tröglitz, Freital, Meißen und Heidenau banden aufmerksamkeitsintensiv die mediale Berichterstattung, auch in der ZEIT und ZEIT ONLINE.

2.3 »Hilfe, Flüchtlinge«

Auch wenn der mediale Diskurs rings um das Thema Flucht 2015 immer wieder stark an die Todesnachrichten über Geflüchtete gebunden war, die auf dem Seeweg ums Leben gekommen waren, und sich das daraus resultierende Sicherheitsdispositiv auf das zu bekämpfende Schlepperwesen konzentrierte, schob sich besonders in der ersten Hälfte des Jahres in einer Reihe von Artikeln aus der ZEIT eine Perspektiverweiterung ein. Jetzt ging es auch um die Sicherheitsgefährdung, die von der rechten Szene ausging, deren Aktionen sich gegen Geflüchtete oder auch nur ihre zu erwartende Ankunft richtete. Die »Flüchtlingskrise«, die ursprünglich das Leiden von Tausenden von Geflüchteten sprachlich zum Ausdruck bringen sollte, transformierte sukzessive zum Narrativ über jene Krise und vorgeführte Ohnmacht der demokratischen Kräfte, die anschaulich durch die spektakulären, gewaltbereiten Aktionen

der rechten Szene vor Augen geführt wurden. Damit war indirekt auch thematisiert, dass diese Krise *durch* Geflüchtete ausgelöst wurde, die ja den Anlass für die rechten Aktionen boten. Mit dieser indirekten Botschaft wurde paradoxerweise letztlich eine subkutane Übernahme des Themensettings der politischen Rechten vollzogen.

Ein wesentlicher Transmitter dieses Bedeutungswandels oder zumindest jener Doppeldeutigkeit war das zu Beginn des Jahres 2015 erstarkt in Erscheinung tretende Gewicht, das die Bewegungen Pegida und Legida mit ihren Auftritten einnehmen sollte. ZEIT ONLINE berichtete Anfang des Jahres mehrfach, beispielsweise über das gegenüber Pegida noch radikalere Auftreten von Legida (Der Hass, 2015; 15.000 Wütende, 2015), über Lutz Bachmann und die Ankündigung seines Rücktritts (Rassistische, 2015; Lutz Bachmann, 2015). Sie fragte auch kritisch nach, ob der politische Kurs von Bundesinnenminister de Maiziere, der »konsequentere Abschiebungen« fordere und auch »das Kirchenasyl kritisiert«, nicht eine gegenüber Pegida »affirmative Strategie« verfolge (Wo, 2015).

Unter dem geradezu als Hilferuf angesichts von Geflüchteten stilisierten Artikel »Hilfe, Flüchtlinge!«, verwertet die ZEIT in ihrer Ausgabe Mitte März explizit dieses transformierte Sicherheitsdispositiv (Hilfe, 2015: 7). Schon im Untertitel konstruieren der Redakteur Daniel Erik und die Redakteurin Mariam Lau eine dreifache Sicherheitsproblematik: Die Zahl der Menschen, die nach Deutschland kommen, »steigt und steigt«, Kommunen und Länder seien »heillos überfordert« und die Bundesregierung schaue weg (ebd.). Angeprangert wird eine schwindende Hilfsbereitschaft der Bundesregierung, da das dritte Bundesaufnahmeprogramm (BAP) Ende März auslaufe, »mit dem gezielt syrische Kriegsflüchtlinge über die deutschen Botschaften im Libanon und der Türkei nach Deutschland geholt« würden, nun aber werde dieser Fluchtweg geschlossen. Der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhard, wird dabei als Experte eingeführt, der der Bundesregierung Verlogenheit bescheinigt, da sie nur so tue, als wolle sie Flüchtende aus Syrien holen, in Wirklichkeit tue man aber »alles dafür, dass sie gar nicht erst hierherkommen« (ebd). Hinzu komme, dass auch das Engagement für die bereits angekommenen Geflüchteten seitens der

Bundesregierung nachlasse, »quer durch Deutschland« die »Erstaufnahmestellen der Länder überfüllt« seien und sich – wie auch der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Thorsten Albig befürchte – die Zahl der Geflüchteten »nochmal verdoppeln könnte« (ebd.). Es gelte, den völlig überforderten Kommunen in ihrer »Notsituation« zu helfen, sie müssten, wie auch Malu Dreyer, die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, anmahnt, stärker finanziell entlastet werden (ebd.). Der Artikel endet mit dem Hinweis auf eine »amtliche Antwort« aus Berlin, Geflüchtete seien »Angelegenheit der Länder und Gemeinden, und außerdem sei ein europäischer Lastenausgleich vonnöten« (ebd.).

Man mag den Duktus des Artikels so verstehen, dass er sich mit moralischer Intention als Anwalt der Länder und Kommunen versteht und die Passivität und abwartende Haltung der Bundesregierung an den Pranger stellt. Gleichzeitig skizziert er dabei ein desolates Bild bundespolitischer Handlungsstagnation als Sicherheitsrisiko bei gleichzeitig stark dimensionierter Behauptung der völlig überforderten Bewältigungskompetenz von Kommunen und Ländern angesichts der »größten Flüchtlingskatastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg« (ebd.). Eine Behauptung, die in anderen Recherchen von Akteurinnen und Akteuren der kommunalen Ebene durchaus maßvoll relativiert wird (vgl. Bleibt, 2015). Die assoziative Imagination der Chaos-Dimension durch eine Begriffswahl, wie »heillos überfordert« oder »Notsituation« oder gar durch die defätistische Beschwörung, dass im Falle einer weiteren Eskalation des Ukraine-Konflikts alle »unsere Bemühungen nicht mehr aus[reichen]« (Hilfe, 2015: 7), zeichnet ein Szenario des staatlichen Versagens. Dieses basiert nicht auf intensiven Recherchen bei kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, etwa der Szene der Flüchtlingshilfe, sondern baut sich im Modus der staatskritischen Perspektive auf.

Das Dispositiv der Unsicherheit und des drohenden Staatsversagens erhält besonders im Rahmen der Berichterstattung der ZEIT über den Rücktritt eines ehrenamtlichen Bürgermeisters der in Sachsen-Anhalt gelegenen Kleinstadt Tröglitz ein eigenartiges Framing. Jener Bürgermeister wird zum Anker der Berichterstattung nicht nur über dessen Rücktritt, sondern auch über den Wochen später erfolgten

Brandanschlag auf eine noch leere Flüchtlingsunterkunft. In der Gesamtschau der Artikel wirkt er wie die Figur eines tragischen Helden, der zugleich als Experte der Ereignisse den Niedergang seines Ortes im Klima der braunen »Saat« resignativ kommentiert. Dieses Gesamtszenario wird dann durch weitere politische Kommentierungen mit Impressionen des Sicherheitsrisikos bis hin zum Staatsversagen belegt, ein Duktus, der letztlich denen genüssliche Zustände bereitet, die genau diese These kolportieren: die rechtspopulistische Szene.

Der ehrenamtliche Bürgermeister von Tröglitz, Markus Nierth, war Anfang März 2015 zurückgetreten, was bundesweit in den Medien kommentiert wurde und laut ZEIT ONLINE »aus Angst vor der NPD-Hetze« erfolgte (Oberbürgermeister, 2015). Die Leserinnen und Leser erfahren ebenso, dass Nierth anlässlich der anstehenden Unterbringung von 50 Geflüchteten im Ort, die der Landkreis verfügt hatte, in einem »langen Brief an seine Mitbürger« dafür geworben hatte, den »Fremden« eine Chance zu geben (ebd.). Die Empörung mancher Bürgerinnen und Bürger wurde vom ortsansässigen NPD-Kreisrat Steffen Thiel dazu genutzt, sonntägliche »Spaziergänge« zu organisieren, die dem Protest gegen die Unterbringung Ausdruck geben sollten (ebd.). Vom zuständigen Landrat sei nun offenbar gebilligt worden, dass die »nächste Demonstration der Fremdenfeinde« vor dem Wohnhaus des Bürgermeisters auflaufen sollte. Dies habe ihn »fassungslos« und »aus tiefer Enttäuschung über die Behörden« zum Rücktritt veranlasst, da er seinen Kindern nicht habe zumuten wollen, »dass vor ihren Kinderzimmern bewaffnete Polizisten stehen müssen, und zudem rassistische und hasserfüllte Parolen bis dorthin dringen« (ebd.). Der zuständige Landesinnenminister Holger Stahlknecht erklärte, er bedauere den Rücktritt, aber er habe in einem »Kooperationsgespräch mit der NPD« abgewendet, dass die Demonstration vor dem Haus des Bürgermeisters stattfinde (ebd.).

Die von ZEIT ONLINE rezierten Reaktionen der Landespolitik zeigen entsprechend Bestürzung und Entrüstung. So diagnostiziert der Fraktionschef der Linkspartei, Wulf Gallert, eine »kalte und rassistische Gesellschaft«, wenn jemand wie Markus Nierth »isoliert« werde, was »Wir« brauchen, sei ein »Aufstand der Zuständigen«

(ebd.). Der Fraktionsvorsitzende der Grünen wird zitiert mit der Twitter-Nachricht: »Es ist kalt hier: Hetze gegen Flüchtlinge, Todesdrohungen gegen Politiker, Bürgermeister tritt aus Sorge zurück.« (Ebd.) Der Hinweis auf die Todesdrohung bezieht sich auf den SPD-Oberbürgermeister von Magdeburg, Lutz Trümper, der »mehrere Morddrohungen erhalten« hatte (ebd.). Stern.de eröffnet unter dem Titel »Tröglitz knickt nicht ein – und nimmt Asylbewerber auf« (Tröglitz knickt, 2015) zunächst mit den empörten und bestürzten Stimmen der Bundespolitik. Grünen-Chef Cem Özdemir fordert kämpferisch ein, dass nun »»alle Alarmglocken«« klingeln müssten. Bundesjustizminister Heiko Maas wird mit den Worten zitiert: »»eine Tragödie für unsere Demokratie««, die Generalsekretärin der SPD Yasmin Fahimi damit, dass sie tief bewegt sei, der Bundesvize der CDU, Armin Laschet, spricht von einer »»Mahnung««, die es bedeute, »»wenn sich Kommunalpolitiker so sehr allein gelassen fühlen, dass sie keinen anderen Ausweg als den Rücktritt sähen«« (ebd.). Der Parteichef der Linken, Bernd Riezinger meint, dass man hier »»das Scheitern einer Politik«« erleben könne, »»die soziale Probleme missachtet und auf dem rechten Auge blind ist««, und sie trage daher »»mit Verantwortung dafür, dass statt einer Willkommenskultur in einigen Teilen Deutschlands Ressentiments gegenüber Flüchtlingen überwiegen«« (ebd.). Schließlich kommt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Anton Hofreiter, mit der Mahnung zu Wort, »»couragierten Bürgern«« müsse »»der Rücken gestärkt und nicht der Boden unter den Füßen weggezogen werden«« (ebd.). Gegen Ende des Artikels wurde der ehemalige Bürgermeister von Tröglitz nochmals zitiert, er fühle sich, wie in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung erwähnt, »»im Stich gelassen«« (ebd.). Erst im letzten Absatz folgt eine thematisch dem zweiten Teil der Artikelüberschrift geltende Sachinformation, nämlich, dass eine »»Sprecherin des Burenlandkreises«« angekündigt habe, im Mai werde Tröglitz »»die ersten Asylbewerber aufnehmen«« und dazu gäbe es Ende des Monats eine Information für die Einwohner »»auf einer Versammlung«« (ebd.).

Die Authentizität der kommentierenden Stimmen aus Landes- und Bundespolitik kann sicher nicht bestritten werden. Die starke Fokussierung beider Artikel auf die Wiedergabe dieses vielstimmigen

Potpourris von landes- und bundespolitischen Verbalreflexen vermittelt zwar die Botschaft emotionaler Befindlichkeit, lässt aber inhaltlich eine wenigstens im Ansatz bewältigungskompetente Handlungsperspektive der politisch Verantwortlichen vermissen. Insofern bleibt eine durchaus zu unterstellende Erwartungshaltung der ebenso empörten wie verunsicherten Leserinnen und Leser gegenüber der »Politik«, beispielsweise klarstellend aufzuzeigen, was konkret von wem getan werden soll, um dem Druck der rechten Seite Einhalt zu gebieten, in der medialen Inszenierung von Emotionen oder dem zitierten Gerangel um Zuständigkeits- und Mitverantwortungsfragen desolat auf der Strecke. Die Artikel zeichnen ein Bild der Ohnmacht des politischen Establishments. Die empörten Kommentierungen vermitteln den Eindruck der Hilflosigkeit. Sie wirken nicht politisch gestaltend, sondern zeugen affektiv von Betroffenheit. Die zu Wort kommende politische Elite baut keine Brücke zuversichtlichen Vertrauens, sondern ist selbst im Sog instabiler Verunsicherung gefangen. Es bleibt der schale Gesamteindruck, dass die unangreifbaren Faktensetzer ungeschoren weiter »spazieren« gehen, während ihr ehemaliger Bürgermeister, der sich um Gastfreundschaft gegenüber den »Fremden« bemüht hatte, zum Inbegriff der »Tragödie für unsere Demokratie« wird.

In der Nacht auf den 4. April 2015, also knapp einen Monat nach dem Rücktritt von Nierth, hatten Unbekannte das für die Unterbringung der Geflüchteten vorgesehene Haus angezündet. Das Dach wurde völlig zerstört, die beiden, die das Haus bewohnten, konnten es zuvor verlassen. Nur wenige Stunden später berichtete ZEIT ONLINE und platzierte die Warnung des Ex-Bürgermeisters im Untertitel, »die braune Saat sei aufgegangen« (Feuer in Tröglitz, 2015). Nierth wird nach einer knappen Darstellung des Sachverhalts zum eigentlichen »Experten« und nahezu alleinigen, moralisch integren Akteur dieses Berichts erhoben. Er gehe von Brandstiftung aus, »die sogar den Tod des dort noch lebenden Ehepaares in Kauf genommen hat«, selbst Geflüchteten aus Kriegsgebieten werde von »kranken, bösen Gehirnen« der Wohnraum nicht gegönnt. Diese Brandstiftung werde zudem »eine bleibende Schande für Tröglitz« sein und den Ort »mit Mölln und Hoyerwerda in eine Reihe« bringen. Der Artikel verweist

dann auf Nierths Angebot an den Landrat, seine Privat-Wohnungen als Unterkunft für Geflüchtete zu nutzen und seinen Aufruf an alle Tröglitzer, es ihm gleichzutun. Schließlich kommt er mit seinem Aufruf zu einer »Spontan-Kundgebung« am gleichen Tag nochmals zu Wort, was unter der Überschrift »Hunderte demonstrieren nach Brand in Flüchtlingsheim« (Hunderte demonstrieren, 2015) auch Thema eines nur wenige Stunden später verfassten Artikels ist. In ihm ist von 350 Menschen die Rede, die mit einer »Lichterkette gegen Fremdenfeindlichkeit« demonstrieren und damit der Anregung zu dieser »Kundgebung« durch den Ex-Bürgermeister folgen. Dieser ist wiederum der einzige Tröglitzer Bürger, der zu Wort kommt: »Ich bin fassungslos, traurig und wütend zugleich. Die Braunen dürfen über unseren Ort nicht siegen.« (Ebd.) Inzwischen wurde klargestellt, dass der Brand vorsätzlich gelegt worden war und ein politischer Hintergrund nach Mutmaßung des Polizeipräsidenten in Halle naheliegend sei. Gegen Ende beider Artikel kommt wiederum die Bundespolitik zur Sprache: Bundesjustizminister Heiko Maas sei »fassungslos« (Feuer in Tröglitzer, 2015) und rufe alle Bürger auf, »gegen Rechtsextremismus Position zu beziehen« (Hunderte demonstrieren, 2015). Linken-Chef Bernd Riexinger fordere ein, man dürfe »Tröglitz nicht Pegida überlassen« (Feuer in Tröglitzer, 2015), und Bundesinnenminister Thomas de Maizière erkläre, die »Täter gehören hinter Schloss und Riegel« (Hunderte demonstrieren, 2015).

Hauptakteur und tragischer Held ist der ehemalige Bürgermeister, der als moralisch integre, aber zugleich fassungslos ohnmächtige Figur zum Kampf gegen die rechte »Saat« aufruft, damit die »Braunen« nicht »siegen« (ebd.). Aber er wird in diesem »Kampf« eigenartig isoliert inszeniert. Zum einen von den übrigen Tröglitzer Bewohnerinnen und Bewohnern, die nicht zu Wort kommen. Lediglich die Anzahl der Teilnehmenden an der Lichterkette »gegen Fremdenfeindlichkeit« wird hintergründig erwähnt, was aber keine emotionale Wirkung vermittelt, sondern im Modus einer nüchternen Information zur Geltung kommt. Die Tröglitzer sind allenfalls Statistinnen und Statisten, aber als »lebendige« Akteurinnen und Akteure des Geschehens tauchen sie nicht auf. Zum anderen erscheint Nierth auch verlassen von der Bundespo-

litik, die durch die Reduktion ihrer Performance auf Betroffenheit und affektive Kommentierungen aus der Ferne in ihrer Wirkmacht verlegen auftritt. Sowohl die emotionale Betroffenheit (»fassungslos«), die kämpferische Intonation (»Tröglitz nicht Pegida überlassen«) als auch der Ordnungsruf (»hinter Schloss und Riegel«) verdichten den Eindruck von Hilflosigkeit unter dem Deckmantel teils markanter, kampfbereiter Sprüche. Dass hier überhaupt die Begrifflichkeiten des Kampfes unkommentiert genutzt werden, dass es um den gefährdeten Sieg gegen die »Braunen« geht, denen man den Ort nicht »überlassen« dürfe, konnotiert eine Art Gefechtsstellung, bei der der Staat in Bedrängnis gerät.

Die ZEIT veröffentlichte am 9. April eine Reportage von Anne Kunze unter der Rubrik »Ist Tröglitz überall? Deutschland kämpft gegen rechts«, mit dem Titel »Wenn das Ordnung ist« (Wenn das, 2015: 3). Sie widmet sich ausdrücklich der bislang kaum erschienenen Perspektive der »Tröglitzer«, allerdings wird hier nicht das Bild einer gegen die rechte Bewegung couragiert auftretenden Bürgerschaft skizziert. Ganz im Gegenteil, die Tröglitzer hätten »Angst«, aber nicht vor der rechten Bewegung, sondern »vor den Fremden« (ebd.). Eingangs werden fünf Jugendliche aus Tröglitz, die an der Bushaltestelle vor der Grundschule herumlungern, fragmentarisch zitiert u.a. mit Sätzen wie: »Mach Kampfsport, damit du dich gegen die wehren kannst« oder »Nimm bloß nicht dein Handy mit, wenn du abends allein auf die Straße gehst. Sonst wirst du abgestochen.« (Ebd.) Sie sprächen in »breitem Dialekt« und jene Sätze beruhten nicht »tatsächlich auf Wissen«, das habe man »aus Dresden und so« gehört, »dass die Fremden mit Drogen dealten, kriminell seien und sich an deutschen Mädchen vergriffen« (ebd.). Wieder wird Markus Nierth als Experte eingeführt. Er vermute wie andere auch, dass die Brandstifter »aus der rechten Ecke kommen«, er sitze »zu Hause auf dem Sofa«, traue sich kaum noch raus, weil er »Morddrohungen erhalten« habe. Er kenne die Jugendlichen und wisse, dass »manche Väter langzeitarbeitslos und Alkoholiker sind, dass die Eltern Sozialhilfe beziehen und sich nach der DDR zurücksehnen« und dass »ihre Herzen [...] bislang wenig Liebe erfahren haben« (ebd.). Er selber habe, als er 1999 nach Tröglitz gekommen sei, mit »Neonazis und Arbeitslosen« gearbeitet und habe versucht, »ihnen liebevoll zu begegnen«, aber da-

mit sei jetzt Schluss, nach dem Brand »wird er keinem Neonazi mehr die Hand geben« (ebd.). So lautet also die resignativ anmutende Bekundung eines einst couragierten und politisch inspirierten Mannes, der – laut diesem Artikel – völlig desillusioniert und mit Todesangst vor der rechten Szene seinen Rückzugsort auf dem Sofa gefunden hat.

Der Artikel bietet sodann eine Reihe von Zitaten aus der Bewohnerschaft, die letztlich in der Grundtendenz die Einschätzung des »Experten« Nierth bestätigen, dass Tröglitz »immer rassistischer« werde: Für Ausländer werde viel Geld ausgegeben, umgekehrt aber gelte: »Wir bekommen nix« (ebd.). Oder aber es wird befürchtet, dass es dann »noch enger« wird, zumal die einzige Ärztin am Ort schon »überlastet« sei (ebd.). Auch die Bewohnerin gegenüber dem gezündelten Haus wird zitiert: »Ich habe nur was gegen die, die kommen und die Hand aufhalten.« Und: »Wenn hier 40 Männer gegenüber einziehen, habe ich schon Angst.« Eine Polizistin habe ihr erklärt, dass sie sie verstehen könne, insofern fühle sie sich bestätigt in ihrer Auffassung, dass es »schon ordentlich zugehen« müsse (ebd.). Späterhin wird ein Treffen mit dem ortsansässigen NPD-Kreistagsabgeordneten Steffen Thiel skizziert, der überraschenderweise »harmlos« aussehe und zudem auch noch »Vegetarier« sei, die zweite »Überraschung« (ebd.). Der Duktus seiner Profildarstellung passt zum Gesamtbild des hier gezeichneten Milieus der Anhänger der rechten Szene: Während er seine vegetarische Pizza esse, wettere er gegen den Bezirk Neukölln, das sei »nicht mehr Deutschland«. Er verheddere sich argumentativ in seiner »Definition von Flüchtlingen«, wenn er beispielsweise meint, dass Männer keine »Kriegsflüchtlinge« sein können, denn »kein Mann lässt seine Familie zurück im Krieg«. Thiel, so erfährt man weiter, »bezieht Sozialhilfe« und profitiere daher »von dem System, das er verachtet«. Der NPD gehöre er an, weil sie die einzige Partei sei, die sich um »ordentliche Familien« kümmere (ebd.).

Das Narrativ, das hier insgesamt gebildet wird, ist auffällig stereotyp: Der Ort Tröglitz erscheint durchsetzt von einer politisch rechtsaffinen Bürgerschaft, deren in der Reportage auftretende Mitglieder durchweg einem Milieu der Verliererinnen und Verlierer zuzuordnen sind. Sie lungern herum, sind alkoholkrank, arbeitslos

oder beides, beziehen Sozialtransfer, haben nie bürgerliche Zugehörigkeit gekannt, sehnen sich nach der DDR zurück, sind lieblos behandelt worden, nur mäßig reflexionskompetent und von simplen Einsichten und fremdenfeindlichen Vorurteilen geprägt. Damit bündelt sich eine deutlich unterkomplexe und zugleich »paternalistische« Sichtweise auf die rechte Szene, die diese vorrangig auf »Persönlichkeitsdefizite« ihrer Anhänger zurückführt (Koppetsch 2019: 13). Das Bild, das von diesem Ort in Sachsen-Anhalt gezeichnet wird, arbeitet entsprechend mit starken Personalisierungen der Problematik: Eine kleinstädtische Bevölkerung, die dem einst couragierten Bürgermeister das politische Rückgrat gebrochen habe, der nun resigniert die Öffentlichkeit scheue und den Kontakt zu jenen Tröglitzern, um die er sich einst gekümmert habe, unterbindet. Nur der 86jährige Lothar Czoßek aus dem Nachbarort wird noch erwähnt, der »gegen das Vergessen« kämpfe und der Bevölkerung ein »erschreckendes Unwissen« über das »Dritte Reich« bescheinigt (Wenn das, 2015: 3.). Die Situation wirkt fatal, der rechtschaffene Nierth hoffnungslos der braunen »Saat« ausgeliefert und die Neonazis, so bilanziert die Reportage, hätten »nach und nach die kommunalen Strukturen« durchdrungen. Heroisch widersetze sich dem nur noch die Kirche: »In Tröglitz kämpfen die Rechten und die Kirche um die Vorherrschaft.« (Ebd.)

Angesichts dieser Kampf-Situation, in die sogar die Kirche verwickelt ist, wird – eher rhetorisch – die Frage aufgeworfen, wo der Staat bleibt. Als Antwort fungiert der Verweis auf das nur einmalige Auftreten des hauptamtlichen Bürgermeisters auf der Bürgerversammlung. Dort habe er murmelnd auf die Zuständigkeiten des Landkreises in Sachen »Flüchtlinge« hingewiesen, »mehr nicht« (ebd.). Also taucht »der Staat«, so ist zu schließen, nur einmalig auf, das aber bürokratisch, murmelnd und Verantwortung an die zuständige Instanz delegierend. Dass hier die staatliche Gewalt völlig blamabel und insuffizient in Szene gesetzt wird, wirkt wie eine wenigstens indirekte Aufforderung an die politischen Gestaltungskräfte, endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Die zweite damit zusammenhängend aufgeworfene Frage gilt den Geflüchteten: »Wer fragt eigentlich nach« deren »Sorgen?« (ebd.) Zitiert wird der aus Benin kommende Flüchtling Rasak O., der in ei-

ner Unterkunft im benachbarten Hohenmölsen nach Angriffen auf sein Leben in Deutschland bilanziert, »sicher fühle ich mich hier nicht«, er habe »Angst« (ebd.). Ein Empfinden, das auch von dem örtlichen Bürgermeister bestätigt wird, der »Angst vor einem Anschlag in Hohenmölsen« habe. Schließlich, so gegen Ende der Reportage, wird auch der Landrat Götz Ulrich in einem »Moment der Wahrheit« zitiert, dass er für die Sicherheit der Geflüchteten nicht garantieren könne. Hilflös wendet er sich fragend an die Reporterin: »Was würden Sie denn machen?« (Ebd.) Das Thema Sicherheit wird hier also von mehreren Seiten als eines präsentiert, das multivariant auf verlorenem Posten steht: Der ehemalige Bürgermeister hat sich ängstlich angesichts der Todesdrohungen zurückgezogen, die Tröglitzer werden als fremdenfeindliche oder wenigstens mit den Neonazis sympathisierende, homogene Gruppe imaginiert, Geflüchtete, vertreten durch Rasak O., werden als geängstigt gezeichnet, der Landrat als einer, der in einem Wahrheitsmoment offenbart, dass er nicht mehr für ihre Sicherheit garantieren könne. Die Bundespolitik wird als mehr oder weniger abständige Gruppe von handlungsinkompetenten Kommentatorinnen und Kommentatoren des latenten Untergangs einer ganzen Region in Szene gesetzt. Es bleibt zu fragen, ob hier insgesamt nicht ein Defätismus des Staatsversagens inszeniert wird, der deutlich überdimensioniert ist, wenn auch – so der Eindruck – mit der Absicht, die politisch Verantwortlichen zum Handeln zu bewegen. Das Gesamtbild, das hier entsteht, ist jedenfalls eines der bedrohten Republik, für die *pars pro toto* der Ort Tröglitz steht (vgl. Goeßmann 2019).

Dem Thema der Hilflosigkeit und Angst staatlicher Instanzen bis hin zur Skizzierung der Selbstaufgabe des Staates sollte dann ein weiterer Artikel aus der ZEIT knapp eine Woche später gelten, in dem jener Landrat von Tröglitz als Kronzeuge des »Staatsversagens« genutzt wird, für das Tröglitz als Symbol steht. Nicht weniger als vier Redakteure, nämlich Marc Brost, Daniel Erk, Martin Machowecz und Heinrich Wefing verantworten jenen Artikel unter der Titulatur: »Ich kann für die Sicherheit der Flüchtlinge nicht garantieren.« (Ich kann, 2015) Der Artikel ist offenbar der Strategie geschuldet, den eine Woche zuvor geäußerten Satz des Landrats zum thematischen Programm zu erheben und

damit wiederum das Sicherheitsdispositiv der Hilflosigkeit des Staates zu fokussieren. Ulrich wird als ein »ruhiger Mann« beschrieben, er ist keiner, »der den großen Auftritt sucht« (ebd.). Er habe diesen Satz erneut am Telefon wiederholt, was den Redakteuren Anlass bietet für sehr grundsätzliche Fragen: »Ein Staat, der die Menschen nicht beschützen kann? Was ist das für ein Staat?« Und wenn »der zuständige Landrat dieses Staatsversagen unumwunden« einräume, welche politische Instanz könne dann helfen? (ebd.). Auf der Suche nach einer Antwort »bis ins Bundesinnenministerium in Berlin« habe sich ein »Staat« gezeigt, »der sich bis zum Anschlag von Tröglitz in gewisser Weise aufgegeben hatte« (ebd.).

Ulrich fungiert im weiteren Verlauf des Artikels als Experte, der mutmaßt, dass die NPD mit dem Anschlag zeigen wolle, »dass der Staat schwach sei«. Dagegen hätte es einen »Aufstand der Anständigen« gebraucht und vor allen Dingen »mehr Geld« (ebd.). Die Lösungsstrategie, dass die Sicherheitsgefährdung nur durch mehr Geld des Bundes behoben werden könne, bildet nun den roten Faden der weiteren Recherche. Der zuständige Landesinnenminister, Holger Stahlknecht, bestätigt, dass vom Bund »Mittel im erforderlichen Umfang« für die kommunale Unterbringung von Geflüchteten bereitgestellt werden müssten, beispielsweise für »Integrationslotsen«. Entsprechenden Druck erfahre de Maizière von allen Seiten, auch von der SPD, den Grünen und der FDP auf Bundesebene. Es brauche einen »Sofort-Fonds in Milliardenhöhe«, so die stellvertretende FDP-Parteichefin in einem offenen Brief an alle Bundestagsabgeordneten. Dann wechselt die Perspektive zurück zu den Bewohnerinnen und Bewohnern von Tröglitz, wo man meinen könne, es sei »Normalität« zurückgekehrt. »Männer machen Gartenarbeit«, »Frauen hängen Wäsche auf« und der ortsansässige Pfarrer halte an jedem Sonntag ein »Friedensgebet«, bei dem anlässlich der vorgetragenen Fluchtgeschichte von zwei syrischen Asylbewerbern »ein Schluchzen durch die Kirche« ging (ebd.). Der Artikel endet mit einer spätabendlichen Begegnung der Redakteure mit Männern mit »Glatze« und Frauen in »Jogging-Klamotten« vor dem Haus der Brandstiftung. »Als man weitergehen will, sagt einer der Männer, ganz leise: »Hoffent-

lich brennt's bald noch mal«, damit »die auch wirklich wegbleiben«, gemeint seien »die Ausländer« (ebd.).

Der Artikel ist bezeichnend für die Konstruktion eines Sicherheitsdispositivs, das einerseits das Gefahrenpotenzial für Geflüchtete als auch für die demokratische Ordnung insgesamt bedrohlich aufzeigt und andererseits Einsichten in einen politischen Betrieb bietet, der dieser Gefahr nur unzureichend und schwerfällig begegnet. Der Eindruck einer gravierend mangelhaften Durchgriffskompetenz und bürokratisch anmutenden Verantwortungsdelegation, der hier vermittelt wird, ist ganz offensichtlich dem Anliegen geschuldet, den Druck auf den Bundesinnenminister zu verstärken, die Kommunen finanziell in Sachen Flüchtlingsunterkünfte zu unterstützen und die Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung und -sicherheit verschärft für die politische Agenda einzufordern. Die Brisanz der Sicherheitsgefährdung wird dabei nochmals zugespitzt durch das Zitat eines kommunalen Spitzenverbandsvertreters, der ein historisch einmaliges Ausmaß der »Anfeindungen gegen Bürgermeister und Verwaltungen« sieht (ebd.). Auch wenn damit auf gewaltsame Übergriffe der rechten Szene angespielt wird, so ist hinsichtlich des Anlasses klar, dass es wie auch in Tröglitz hintergründig um die Aufnahme von Geflüchteten geht. Indem über diese Proteste und die in Parolen übermittelten Botschaften der rechten Szene berichtet wird, wird auch deren Logik transportiert, nämlich, dass Geflüchtete im Rahmen dieses Narrativs auch das erste Glied der Verursachungskette von Gewalt abbilden. Die Botschaft ist demnach: Das Gefahrenpotenzial richtet sich nicht nur gegen Geflüchtete, sondern wird auch *durch* Geflüchtete, *durch* ihre effektive oder erst noch zu erwartende Ankunft verursacht. Dieses Sicherheitsrisiko wird in seiner Dynamik durch die Prognose eines US-amerikanischen Experten nochmals deutlich dramatisiert, der eine Verdopplung der Zahlen von Geflüchteten auf Fünfhunderttausend im »kommenden Jahr« in den Raum stellt und gegenüber dem Bundesinnenminister anmerkt: »Herr Minister, ich kann hier viel denken und reden. Aber Sie, Sir, müssen handeln.« (Ebd.) Die Perspektive auf die bundespolitisch Verantwortlichen bricht mit diesem unbeantworteten Handlungsimperativ ab, der aber gerade dadurch umso intensiver

journalistisch bekräftigt wird. Die über lange Passagen hinweg dargelegte politische Forderung an den Bund, es brauche mehr Geld, um Sicherheit zu gewährleisten, wird angesichts des Schlussakkords dieser Recherche in ihrer Dringlichkeit verstärkt. Der abrupte Wechsel zur Perspektive auf den Ort Tröglitz bietet eine starke Impression der unbeugsamen Kontinuität rechtsgerichteter Gewaltbereitschaft, die völlig unbeeindruckt von jenen politischen Streitigkeiten ihre Fortsetzung in Aussicht stellt. Welche Botschaft kommt an und welche Wirkung wird erzielt, wenn die »Glatzen« trotzig das letzte Wort haben? Indirekt wohl die: Der Staat muss eingreifen!

Das Thema Sicherheit durchzog in zahlreichen Variationen die Berichterstattung des Jahres 2015, so auch in der ZEIT und ZEIT ONLINE. Große Aufmerksamkeit hat diesbezüglich das Ergebnis einer Recherche des ARD-Politikmagazins REPORT MAINZ erregt, das systematisch u.a. »Agenturen, Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehberichte« sowie »Pressemitteilungen der Polizei« hinsichtlich der Anzahl von Gewaltfällen gegen Geflüchtete ausgewertet hatte. Verglichen mit dem Zeitraum von Ende Juli bis Ende Oktober 2014 kam das Magazin zu dem Ergebnis, dass in den drei darauffolgenden Monaten bis Ende Januar 2015, also seit »Beginn der Pegida-Demonstrationen«, die Überfälle um 130 Prozent auf über 70 Fälle zugenommen hatten (Seit, 2015). Der Rechtsextremismus-Forscher Hajo Funke, der als Experte zu den Vorfällen befragt wurde, meinte, die Stimmung der Rechtsextremen besage: »Jetzt ist Attentatszeit.« (Ebd.) Und es sei unmissverständlich: »Also, das ist eine Warnung an uns alle« (ebd.). Eine von REPORT veröffentlichte Liste aller Gewalttaten belegt, chronologisch geordnet und auf das ganze Bundesgebiet bezogen, 43 Gewalttaten in den neuen Bundesländern, sechs in Berlin und 26 in den alten Bundesländern, besonders in Bayern (9) und NRW (8) (vgl. Chronik, 2015). Diese Bilanz verdeutlicht, dass sich die Übergriffe zwar überproportional häufig im »Osten« ereignen, aber auch, dass etwa zwei Fünftel der Fälle im »Westen« zu verorten sind. Ein Artikel von ZEIT ONLINE nahm die REPORT-Recherche unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung unter dem Titel »Zahl rassistischer Überfälle steigt« auf und bestätigte, dass sich diese auf das gesamte Bundesgebiet bezieht (Zahl, 2015). Da gegen En-

de ein Experte der »Opferberatungsstelle Sachsens« zu Wort kommt und der abschließende Hinweis erfolgt, es habe »die meisten rassistisch motivierten Körperverletzungen« in »Sachsen gegeben«, wird das Thema Rassismus allerdings eher mit dem »Osten« konnotiert. Zwar bietet ZEIT ONLINE nach dem Brandanschlag von Tröglitz einen kurzen Überblicksartikel über fremdenfeindliche Übergriffe, in dem mit Vorra, Porta Westfalica, Lübeck und Malterdingen nur Ortschaften in den alten Bundesländern genannt werden (vgl. Tröglitz ist, 2015), aber die Berichterstattung konzentriert sich doch schwerpunktmäßig auf fremdenfeindliche Vorfälle in den neuen Bundesländern, vornehmlich in Sachsen.

Mehrfach veröffentlichte Statistiken bestätigen für 2015, dass in Sachsen die Quote der rechtsradikalen Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte bezogen auf alle Bundesländer am größten ist, Mitte des Jahres waren es 42 von 202, also ein Fünftel (vgl. Dann, 2015). Das bedeutet aber auch: Vier Fünftel ereigneten sich in anderen Bundesländern, auch im »Westen«. Zwar wird auch in ZEIT ONLINE über Brandstiftungen etwa im bayerischen Richtershofen (vgl. Unbekannte, 2015) oder in Lübeck (vgl. Brandanschlag, 2015) berichtet, aber diese Berichte sind nicht nur vergleichsweise kurz, sondern tragen auch überwiegend den Charakter von einmaligen Tagesmeldungen. Die Berichterstattung ab Ende Juni bis Ende August hingegen bezieht sich fast ausnahmslos auf Übergriffe, die auf sächsische Flüchtlingsunterkünfte ausgeübt wurden und sind deutlich stärker frequentiert. Hier sind besonders die Vorgänge in Freital, Meißen und Heidenau Gegenstand der Artikel. In Freital wurde mehrfach über einen wochenlang anhaltenden »Stellungskrieg« an einer Flüchtlingsunterkunft (Rassismus, 2015) zwischen einigen Dutzend Asylgegnerninnen und Asylgegnern einerseits und einer Anzahl derer, die mit Geflüchteten solidarisch sind, berichtet. In Meißen galt die Aufmerksamkeit dem Brandanschlag auf eine noch unbewohnte Flüchtlingsunterkunft (vgl. Feuer in neuem, 2015) und in Heidenau den randalierenden, rechtsradikalen Demonstrantinnen und Demonstranten, die vor einem ehemaligen Baumarkt, in dem Geflüchtete untergebracht waren, 31 Polizisten mit Steinen, Flaschen und Böllern verletzten. Die Fokussierung auf Sachsen wird auch

explizit begründet, da die Orte Freital und Heidenau geradezu ein »Symbol« für einen »neuen Ausländerhass« darstellen, wie ein Artikel vom Tagesspiegel betonte, den ZEIT ONLINE im Volltext abdruckte (Der Rassismus, 2015). Polemisch wird in einem Artikel der ZEIT der Sächsischen Zeitung, der »Austritt der Sachsen aus der Bundesrepublik«, angesichts der Tatsache vorgeschlagen, dass in Sachsen Frührentner »den Arm zum Hitlergruß« erheben und die »Verhältnisse in Sachsen« letztlich einfach »greller, verrohter, gefährlicher« seien als anderswo (Dann, 2015: 8). Die Problematik rechtsradikaler Fremdenfeindlichkeit wird hier wiederum tendenziell auf psychopathologische Persönlichkeitsdefizite einer regional eingrenzbaren Bevölkerungsgruppe reduziert und damit ihre tatsächliche Komplexität regelrecht provinzialisiert (vgl. Koppetsch 2019: 13f.). Lässt man die Summe der insgesamt mehr als 20 Artikel zu den drei sächsischen Schauplätzen der Fremdenfeindlichkeit, die in diesem Zeitraum in der ZEIT oder ZEIT ONLINE erschienen sind, in ihrer zudem überwiegend gleichförmigen Struktur (Berichte über Vorgänge aus der rechten Szene und Kommentierungen aus den Reihen der politischen Prominenz) auf sich wirken, so drängt sich der Eindruck einer fast durchgängig schematischen Rollenbeschreibung der »Täter« und der »Politik« auf.

Die Täter sind einerseits die »Glatzen«, die »Nazis« (Die Nazis, 2015), der »Bodensatz von Pegida«, deren »Bierflaschen kreisen«, von deren Kippen das »Pflaster gesprenkelt« ist und deren Worte von schlichten, hasserfüllten Parolen durchsetzt sind: »Sollen die doch alle Schlauchboote nehmen und untergehen.« (Rassismus, 2015) Zu denen gesellen sich – vermutlich nicht weniger befremdlich für den Kreis der Leserinnen und Leser der ZEIT – diffus »Anwohner«, etwa das »Rentnerpaar«, das Lärm und lautes Telefonieren befürchtet und auch weiß, dass Geflüchtete »ein ganz anderer Menschenschlag« sind (ebd). Es sind Bürger und Bürgerinnen, die in ihrem »Zorn [...] gegen die neuen Flüchtlinge« protestieren (Vergleiche, 2015), sich darüber beschweren, dass Geld »für Asylbewerber verschwendet« wird (Tumulte, 2015), in deren »Gesichtern die Lust aufs Lynchen« zu erkennen sei (Lust, 2015) und deren Parolen und Zitate nicht von jenem rechten »Bodensatz« zu unterscheiden sind. Als Beleg dafür meint ZEIT ONLINE jene Frau

zitieren zu müssen, die Angela Merkel bei ihrer Abreise von Heidenau noch nachruft: »Du dumme Fotze, zeig dein hässliches Gesicht.« (Merkel in, 2015)

Diese assoziativen und fragmentarischen Skizzierungen ostdeutscher Prototypen der Fremdenfeindlichkeit zeichnen zugleich ein Bild der hartnäckigen Ignoranz gegenüber den Einlassungen der etablierten Politik. Diese wird aber auch als eine Folge der politischen Kommunikationsinkompetenz, der Borniertheit, der Anbiederung an die rechte Szene oder schlichtweg der Ohnmacht ihrer Protagonistinnen und Protagonisten journalistisch aufbereitet. In der Bilanz erscheinen die politischen Kräfte des Establishments jedenfalls nicht handlungskompetent. So deutet ZEIT ONLINE den Besuch des Bundesinnenministers am 19. Juni in Freital als letzten »Versuch eines Dialogs«, bei dem es dem Minister nicht gelungen sei, »Willkommenskultur zu vermitteln« (Vergleiche, 2015). Ganz im Gegenteil habe die erst am Montag darauf veröffentlichte Nachricht, dass bis zu 280 weitere Geflüchtete im Ort aufgenommen werden sollten, auch die Lokalpolitik verprellt, weil – wie der Oberbürgermeister Klaus Mättig (CDU) meinte – der Ort »vor vollendete Tatsachen gestellt« wurde (ebd.). Das Bild der politischen Zerrissenheit quer durch die Unions-Parteien, aber auch zwischen der »Politik da oben« und der Situation vor Ort, wird komplettiert durch den Verweis auf den neu gewählten OB, Uwe Rumberg, einer, der den »Asylgegnern regelmäßig Argumente« liefert. Seiner Meinung nach müsse bei Geflüchteten unterschieden werden zwischen den »Hilfsbedürftigen und sogenannten Glücksrittern, die nach Deutschland kommen, um auf Kosten der Gemeinschaft ein sorgloses Leben zu führen« (ebd.), eine Äußerung, die durchaus im Duktus von Horst Seehofer liegt, der zur gleichen Zeit das Wort vom »massenhaften Asylmissbrauch« in die Debatte einwarf (Horst Seehofer, 2015). Die unionsinterne Anbiederung an die rechte Szene findet mit dem Meißner Landrat, Arndt Steinbach (CDU), einen gewissen Höhepunkt, wenn er erklärt: »Die rechten Umtriebe sehe ich nicht, die sie meinen [...] Sie quatschen da ja einen Mist nach.« (Der Rassismus, 2015)

In Freital wie auch Heidenau findet man nicht nur diese Form des Spektakels der politischen Unfähigkeitsdemonstration und Realitäts-

verweigerung, sondern beide Orte werden auch medial fokussiert zum Schauplatz für die demütigende Erniedrigung politischer Personen bis hin zur Bundeskanzlerin. Insgesamt, so kommentiert ZEIT ONLINE, sei »die Lage in Sachsen außer Kontrolle« (Werte, 2015), die »Politik und Öffentlichkeit« wirkten »ebenso erschrocken wie ratlos« (Die Nazis, 2015). In Freital wird der sächsische Innenminister Ulbig »ausgebuht«, und es gehen Rufe durch die Menge wie »Halt die Fresse« (Tumulte, 2015). Ihm schallen »Pöbeleien und Hohngelächter entgegen« und der »Respekt« sei »verpufft« (Lust, 2015). »Rechtsextremisten« und »besorgte Bürger« zogen »grölend durch die Stadt« und brüllten vor dem Haus des Bürgermeisters von Heidenau, Jürgen Opitz (CDU), er sei ein »Volksverräter« (Der braune, 2015). Bundeskanzlerin Merkel wird mehrfach, insbesondere von Vizekanzler Sigmar Gabriel und anderen namhaften Vertretern der SPD (vgl. Alexander 2017: 37f.) wie auch durch mediale Kommentierungen, etwa in ZEIT ONLINE, zum Besuch in Heidenau gedrängt. Es sei ein »großer Fehler«, dass »Merkel bisher keine Flüchtlingsunterkünfte besucht hat«, denn es wäre ein »klares Signal an alle, die in diesem Land Zuflucht suchen« (Merkel kommt, 2015). Die vermeintliche Demonstration der Macht und das Zeichen für eine gesicherte Zuflucht, die nach Einschätzung der ZEIT durch einen Besuch Merkels gesetzt würden, erwiesen sich als journalistische Fehlkalkulation. Der Besuch der Kanzlerin in Heidenau gerät zum Desaster und wird auch als solches medial von ZEIT ONLINE nachgezeichnet. Ihr Auftritt sei zur »ironischen Szene« geworden, denn es herrschte »Verständnislosigkeit« (Merkel in, 2015). Die Worte der Kanzlerin wurden übertönt durch die »gigantische Kühlanlage eines Möbelwerks«. Aber diese Verständnislosigkeit sei »auch an anderer Stelle Thema« gewesen, denn um den Baumarkt »dröhnt und tönt es« durch Sprechchöre: »Lügenpresse«, »Volksverräter« und »Wir sind das Pack« – eine Anspielung auf die Kommentierung der Heidenauer Vorgänge durch den Vize-Kanzler Gabriel (ebd.). Schon Merkels Ankunft wird gezeichnet als ein verstecktes, flüchtiges und ängstlich wirkendes Ereignis: In einer »Kolonie gepanzerter Limousinen« reist sie an, steigt unter »Buhrufen aus dem Volk« aus und »verschwindet sofort hinter verhängenen Sicherheitszäunen« (ebd.). Nach eineinhalb Stunden kehrt sie zurück,

hält ein Statement von wenigen Minuten, »Fragen sind nicht erlaubt«. Dann steigt sie »schnell ins Auto und fährt ab«, verfolgt von jenen bereits erwähnten Schmährufen. Die Installation einer ängstlichen, ohnmächtigen und gedemütigten Kanzlerin, die keineswegs ein »klares Signal an alle« setzen kann, »die in diesem Land Zuflucht suchen« (Merkel kommt, 2015), und die die Verhältnisse nicht ändern kann, wird am Schluss durch ein Zitat eines jungen syrischen Flüchtlings, der als »Experte« auftritt, bestätigt. Er glaube nicht, dass sich die Situation so bald ändere, er verlasse jedenfalls nicht den Baumarkt, das sei »viel zu gefährlich. Hier sind doch alle gegen uns« (ebd.).

Insgesamt wirkt diese sächsische Szenerie, wie sie medial in Erscheinung tritt, spektakulär theatralisch: Verrohte, pöbelhafte, dreiste und latent gewaltbereite Kleinhorden, die »das Grundgesetz außer Kraft gesetzt« haben (Dann, 2015: 8), durch die die Lage »in Sachsen außer Kontrolle« geraten sei und die per »Säxit« eigentlich bundesrepublikanisch entledigt gehören. Sie werden zum journalistischen Stoff stilisiert, der wochenlang die Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser zu binden bemüht ist. Das Spektakuläre, Empörende und nahezu Abstoßende ihrer Erscheinung wird verstärkt durch die Dramaturgie der Unfähigkeit, der Ohnmacht oder auch der Behäbigkeit der etablierten politischen Kaste, dieses »Chaos« zu bändigen oder sich seinen Demütigungen zu entziehen. Insofern zeichnet sich die Tendenz zu einer doppelten Verzerrung ab, die zugleich eine schematische Reduktion der Problematik herstellt (vgl. Koschorke 2017: 28ff.) Auf der einen Seite ein typologisierendes, komplexitätsreduziertes Bild des Rechtsradikalismus und der rechtsaffinen Bewegung als Ergebnis eines kollektiven Psychogramms ostdeutscher Persönlichkeitsdefizite. Auf der anderen Seite ein Überdimensionieren und Generalisieren der politischen Handlungsinkompetenz, was mutmaßlich der Intention geschuldet ist, die politisch Verantwortlichen bis hin zur Kanzlerin moralisch in die Pflicht zu nehmen. Mag sein, dass die Befangenheit vieler Artikel in dieser polarisierenden Schemabildung jener Intention geschuldet ist. Im Ergebnis kommen dadurch andere Akteurinnen und Akteure oder Geflüchtete fast ausnahmslos nicht zu Wort. Letztere fungieren eher hintergründig als die eigentlichen Verursacher des Sicherheitsrisikos,

wodurch indirekt eine Logik bedient wird, die dem Narrativ der rechten Szene nahekommmt. Die Art der Berichterstattung setzt offenbar auf die affektive Bindung der Leserinnen und Leser, auf ihr Entsetzen, ihre Wut, ihre Empörung oder auch ihr Mitleid mit politischen Figuren. Aber damit wird eben nicht vorrangig das Interesse der Aufklärung und der sachlichen Vermittlung von Information verfolgt.

Die hier gewählten Auszüge aus dem Diskursspektrum, das 2015 mit dem Thema »Sicherheit und Flüchtlinge« befasst gewesen ist, bieten kein vollständiges Bild. Andere, ergänzende Facetten sind aber nur von relativ kurzatmiger erzählerischer Bestandskraft. So etwa ein Rechtsstreit von Anwohnerinnen und Anwohnern gegen ein Flüchtlingsheim im gut situierten Hamburger Stadtteil Harvestehude (vgl. Bitte, 2015; Das hat, 2015) oder die Problematik der minderjährigen, unbegleiteten Geflüchteten in Hamburg (vgl. Was macht, 2015), aber auch in anderen Bundesländern, über die schon im Jahr zuvor berichtet worden war (vgl. Der Getriebene, 2014; Endstation, 2014). Spekulationen über einen mutmaßlich rechtsradikalen Hintergrund bot die Nachricht von dem Mord an einem eritreischen Asylbewerber aus einer Unterkunft für Geflüchtete in Dresden, die aber nur so lange anhielten, bis geklärt war, dass der Täter ein Mitbewohner aus Eritrea war (vgl. Mitbewohner, 2015). Bezeichnend für die subtile Transformation des Sicherheitsdispositivs, in dem es nun nicht mehr um den Schutz der Geflüchteten geht, ist die Betitelung der Reportage von Philip Faigle und Caterina Lobenstein: »Der Mann, der uns abschottet« (Der Mann, 2015). Erst im Durchgang durch den Text wird deutlich, dass jene »Abschottung« inhaltlich aus einer kritischen Perspektive beleuchtet wird, die besonders der Figur des neuen Direktors von Frontex, Fabrice Leggeri, gilt. Er sei zuständig dafür, »die Abschottung Europas [zu] organisieren«, ein »Bürokrat« aus der »Kaderschmiede des französischen Beamtenapparats«, dessen Sprache »so steril« sei »wie sein Büro«. Auf seinem Flachbildschirm in der Frontex-Zentrale in Warschau sei der Tod von 29 Geflüchteten, deren »Leichen an Land gebracht« werden, lediglich als ein »kleiner grüner Punkt« markiert (ebd.). Die Zielrichtung des Textes zeugt von dem Bemühen, die sterile, bürokratische Personifizierung der Abschottungspolitik Europas zu

kontrastieren mit dem schutzlosen Tod von Geflüchteten im Mittelmeer, um die moralische Illegitimität dieser Politik an den Pranger zu stellen. Sprachlich aber verbleibt dieser Text in der Polarisierung von »Wir« und »die Anderen«, die Geflüchteten, und übernimmt mit dem Titel, auch wenn er sicher zynisch gemeint ist, ein Narrativ, das zunehmend an Bedeutung gewinnen sollte: Es geht darum, »uns« zu schützen.

Dass die Unterbringung von Geflüchteten auch für Kommunen im Westen Probleme aufgab, die den sozialen Frieden betrafen, war Gegenstand einer Recherche von ZEIT ONLINE und vom Inforadio des Rundfunks Berlin Brandenburg in den Städten Hamburg, Köln und Berlin unter dem Titel »Kein Platz für Flüchtlinge?« Der Duktus aller drei Artikel gilt der Darstellung der Überforderung dieser urbanen Zentren angesichts überfüllter Notunterkünfte, einem angespannten Wohnungsmarkt und einem Mangel an Sozialwohnungen. In Hamburg bestehe ein »Konkurrenzkampf« zwischen den Bürgerinnen und Bürgern mit Wohnberechtigungsschein und »den Flüchtlingen«. Die Kosten für die Unterbringung seien immens, denn nichts »kostet so viel, wie Notunterkünfte zu bauen« (Betten, 2015). In Köln herrsche aus ähnlichen Gründen »Chaos«, wie die damalige Sozialdezernentin Henriette Reker in einem Interview bestätigt. Und auch hier gäbe es Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt zwischen Geflüchteten und denen, die »hierher« kommen, »studieren und arbeiten wollen« (»Was sollen«, 2015). Beide Texte betonen also durch die Voten ihrer Experten die ökonomische Nutzerkonkurrenz von teilweise sozial marginalisierten Bürgerinnen und Bürgern und Geflüchteten. Der Duktus der Berliner Recherche knüpft zwar an die gleiche Grundmisere eines zu knappen Wohnungsmarktes an, konzentriert sich aber auf die Kritik an Betreibern von Unterkünften für Geflüchtete und ihre offensichtlich profitablen Geschäftspraktiken (vgl. Geschäfte, 2015). Die in diesen Artikeln recherchierten Probleme der drei westlichen Großstädte erscheinen, wenn man sich die Reportagen über die sächsischen Kommunen vor Augen führt, vergleichsweise »zivilisiert«, was nochmals den Eindruck verstärkt, Rechtspopulismus sei eher ein sächsisches oder allenfalls »östliches« Phänomen. Allen drei Artikeln gemeinsam ist, dass die

eigentlich von diesen Unterkunftssituationen Betroffenen, die Geflüchteten, nicht zu Wort kommen. In Berlin werden lediglich zwei Ehrenamtliche als Kronzeuginnen für die schäbige Unterkunftssituation eingeführt. Während die Hamburger und Kölner Recherche stark die Konkurrenz zwischen Geflüchteten und anderen Wohnungssuchenden in den Vordergrund rücken und damit den Aspekt des sozialen Unfriedens betonen, provoziert die Berliner Recherche den Unmut der Leserinnen und Leser über die geldgierigen Machenschaften der privaten Unterkunftsbetreiber. Beiden Aspekten gemeinsam ist, dass sie mit den städtischen Folgeerscheinungen *durch* die Anwesenheit von Geflüchteten befasst sind und nicht etwa mit den Folgen der Wohnungsmarktlage *für* Geflüchtete.

Knapp bilanzierend lässt sich feststellen, dass bis zum Spätsommer 2015 das Sicherheitsdispositiv »Flüchtlingskrise« facettenreich konfiguriert worden ist. Eben nicht nur in dem naheliegenden Sinne, dass es mit Blick auf die tausendfache Zahl der Toten, die der Fluchtweg über das Mittelmeer verursacht hat, um die Sicherheit der Geflüchteten geht. Vielmehr erfuhr das Thema der Sicherheitsgefährdung medial eine auch durch die ZEIT transportierte Erweiterung, die durch die Demonstrationen und Gewaltakte der rechten Szene ausgelöst wurde. Meinte die »Flüchtlingskrise« ursprünglich das Leid jener Schutzsuchenden, so wurde ihr Verständnis sukzessiv transformiert zu einem Narrativ, das die Krise letztlich als eine *durch* Geflüchtete ausgelöste präsentierte. Das ist nicht im Sinne der Schuldzuschreibung gemeint, dagegen sprechen ausgesprochen engagierte Kommentare in der ZEIT und ZEIT ONLINE, die das Wohlergehen von Geflüchteten im Fokus hatten, sondern im Sinne der narrativen Kausalität: Ohne Geflüchtete gäbe es nicht derartig bedrohliche Szenarien der Bedrohung staatlicher Funktionsfähigkeit. Verdichtet durch Pegida- und Legida-Aufmärsche fokussierte diese Krisenberichterstattung ostdeutsche, vorzugsweise sächsische Vorgänge. Mehrfach zeichnete dabei die ZEIT ein typologisierendes und komplexreduziertes Bild des Rechtsradikalismus und konfrontierte es mit multiplen Lebensäußerungen politischer Insuffizienz, sich diesem Problem angemessen zu stellen. Die Signatur der Ohnmacht, mit der dadurch das politische Establishment belegt

wurde, dient offenbar dem ambitionierten Bemühen, die politischen, besonders die bundespolitischen Protagonisten in Berlin zum Handeln zu veranlassen, beispielsweise durch stärkere Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten. Aber die Strophen vom Staatsversagen und der politischen Ohnmacht spielen dabei dem Liedgut der rechten Szene zu. Die These ist, dass die Profilierung eines Sicherheitsdispositivs, das die politischen Kräfte derart desolat und in Konfusion befindlich darstellt, subkutan und – das sei unterstellt – unbeabsichtigt die Deutungsmacht der rechten Szene bezüglich der »Flüchtlingsfrage« gestärkt hat.

2.4 Diskursanalytische Bilanz I

Die drei ausgewählten Diskursstränge sind nur ein Ausschnitt des Gesamtdiskurses, wie ihn die ZEIT im Jahr 2015 bis Ende August zum Thema »Flüchtlinge« präsentiert hat. Insofern liefern sie kein vollständiges Bild des gesamten Themenspektrums. So sind zum Beispiel jene Artikel nicht berücksichtigt worden, die sich den historischen Parallelisierungen der Flüchtlingssituation mit der Migrationssituation der Nachkriegszeit widmen und insofern in Erinnerung rufen wollen, dass der »Handwagen von einst [...] das auf dem Mittelmeer treibende Boot von heute« ist, wie der Historiker Andreas Kossert in einem Gastbeitrag der ZEIT schrieb (Böhmen, 2015). Diese bemühte Parallelisierung findet sich auch in einem Artikel, der die authentische Perspektive einer afghanischen Flüchtlingsfamilie in einem Interview zu Wort kommen lässt und sie ins Gespräch mit einer 1944 aus Ostpreußen geflohenen Familie bringt (vgl. Gott, 2015). Aber trotz der Unvollständigkeit und Lückenhaftigkeit des hier analysierten Textmaterials spiegeln die ausgewählten Artikel doch Hauptströmungen des Diskurses wider. Allein die Schlagwort-Kombination »Schlepper und Flüchtlinge« erzielte in der bundesdeutschen Presse im Zeitraum zwischen Sommer 2015 und Sommer 2016 7245 Recherche-Treffer und damit dreimal so viel wie die Kombination »Flüchtlinge/ertrinken«, was anzeigt, dass »der Fokus auf Schlepper und Schleuser« in der Presse ein »Eigenleben« führte«

(Goeßmann 2019: 222). Insofern repräsentieren die ausgewählten Diskursstränge, welche Themen als besonders bedeutsam fokussiert wurden, und sie geben bei tiefergehender Betrachtung ebenso Aufschluss über die Art und Weise, wie jene Artikel als Erzählungen den Wissensbestand der Fluchtereignisse organisiert und geprägt haben. Im Wesentlichen sind es drei besonders hervorzuhebende Wahrnehmungen, die sich in der Summe anbieten. Sie betreffen erstens die *Perspektive der Akteurinnen und Akteure*, zweitens und damit zusammenhängend die *Projektionen*, mit denen die »Figur des Flüchtlings« belegt wird, und drittens die *moralische Intentionalität*, wie sie sich als Gesamtbild des Artikelmaterials aufdrängt.

Mehrfach verdichtete sich im Kontext aller ausgewählten Diskursstränge die Beobachtung, dass in der ZEIT Geflüchtete selbst als Subjekte ihrer Erzählungen kaum zu Wort kommen. Die *Perspektive der Akteurinnen und Akteure* ist stattdessen oft eigentümlich abständig von der realen Spiegelung der Lebensumstände geflüchteter Menschen. So etwa werden im Kontext der mehrfachen Todesnachrichten über ertrunkene Geflüchtete im Mittelmeer nicht diese, sondern die Schlepper zum medialen Kristallisationspunkt. Allerdings sind auch sie nicht Subjekte ihrer Erzählperspektive, sondern werden als »Figur« stilisiert, an der sich eine Sicherheitsdebatte entzündet, die ganz offenbar den Eindruck einer vermeintlichen Parteinahme politisch Verantwortlicher für Geflüchtete im Sinne des Opferbeistandes erwecken soll. Aus dieser Perspektive sind die Toten im Meer nur Staffage, ihr Tod eine Art Hintergrundbotschaft, deren (brutale) Bedeutsamkeit überführt wird in eine Performance des Kampfes zwischen der westlichen, »zivilisierten« Welt und den kriminellen Schleppern. Damit gleichen die Flüchtlingstoten den »im klassischen Western« auftauchenden, namenlosen toten Indianern, »während die eigentliche Handlung sich um das Schicksal der Weißen dreht« (Koschorke 2017: 91). Es braucht kaum der Erwähnung, dass die Polarisierung zwischen kriminellen, menschenverachtenden, skrupellosen Schleppern einerseits und ihrem kämpferischen Gegenüber, also dem »zivilisierten Westen« andererseits, einen Erzählstrang verfolgt, bei dem die westliche »Wir-Gemeinschaft mit der Gruppe der »Guten«« übereinstimmt (ebd.). Das damit aufgebaute *Überlegenheitsnar-*

rativ (vgl. Dietze 2019), das sich einer Kriegssprache bedient, nach der die europäische Gemeinschaft, in einem ehrenwerten Kampf begriffen, aktiv für die Belange der Geflüchteten in den »Krieg« zieht, wird auch in der ZEIT in vielen Beiträgen unkritisch verstärkt. Von Ausnahmen abgesehen generieren solche Beiträge eine *Deutungsgemeinschaft* zwischen den immer wieder zitierten Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Politik und einer ganzen Reihe von Redakteurinnen und Redakteuren der ZEIT, die ein sehr eingängiges, kausales Schema verfolgen: Europa agiert aus Betroffenheit über den massenhaften Tod von Geflüchteten gezielt gegen die Verursacher dieses Leides. Das damit gesetzte »Passungsverhältnis« (Keller 2011: 145) rechnet jene Begebenheiten auf See verkürzt und monokausal bestimmten Akteurinnen und Akteuren zu, subjektiviert und kollektiviert sie, ohne jene Kausalreihe radikal zu befragen. Ausgelassen wird bei dieser »agency« (Koschorke 2017: 80, Hervorh. i.O.) die Diskussion über die hintergründigen Ursachen der Flucht. Hier wäre beispielsweise über die katastrophale Unterversorgung der UN-Flüchtlingslager zu berichten gewesen, die auch Bestandteil europäischer »Geber«-Politik ist, Fluchtgründe verschärft und insofern *einen* Faktor anzeigt, der auf die europäische Mitverantwortung für jene Unglücke verweist (vgl. Wie der, 2015). Dass diese Hintergründe kaum zur Sprache kommen und viele Artikel das gängige Schema über das Schlepperwesen aufnehmen, hat im Effekt darüber hinaus auch die europäische restriktive Flüchtlingspolitik, keine legalen Wege nach Europa zu eröffnen und auf verschärfte Abschottung zu setzen, legitimiert. David Goeßmann bilanziert dazu:

»Die Medien folgten beim Hochpushen der Schleuserkriminalität zum Megathema [...] den politischen Vorgaben aus Berlin und Brüssel. Denn die EU unter deutscher Führung hatte sich den Kampf gegen Schlepper und Schleuser auf die Fahne geschrieben. Damit wurden die diversen Abschottungsmaßnahmen wie der EU-Türkei-Deal, ein verschärfter EU-Grenzschutz und die sogenannten Migrationspartnerschaften mit afrikanischen Staaten gerechtfertigt.« (Goeßmann 2019: 221f.)

Die deutsche Presse »übernahm auch die damit verknüpfte PR-Botschaft, dass die Abschottungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge in Wahrheit aus Sorge um das Wohl der Flüchtlinge ergriffen würden« (ebd.). Dem hier bilanzierten medialen Trend unterlag ganz offensichtlich mehrheitlich auch die Redaktionswelt der ZEIT.

Auch die abwägenden Debatten über Kosten oder Nutzen von Geflüchteten für den Arbeitsmarkt und die sozialstaatliche Perspektive kommen weitgehend ohne ihre Stimme aus. Da, wo diese wie bei »Rahmat« auftaucht, wirkt die ganze Story als Heldenepos eines »Bildungsflüchtlings« konstruiert. Die Dramaturgie dieser Fluchtgeschichte wird durch »*exemplarisches* [...] Erzählen« (Koschorke 2017: 39, Hervorh. i.O.) in Schwung gehalten und bietet in ihrer Gestaltung, etwa der geschilderten Seenotrettung in griechischen Gewässern, durch die unmittelbare Erzählperspektive des Jungen die »szenische Illusion«, etwas von der Redakteurin Catalina Schröder selbst Erlebtes zu erfahren (Koschorke 2017: 71). Rahmat überzeugt als ein tugendhaftes und strebbares Beispiel bezüglich des ökonomischen Potenzials, das in jungen Geflüchteten schlummert. Eine solche exemplarische Verdichtung, von der man fragen kann, wie authentisch jener afghanische Junge tatsächlich zur Sprache gekommen ist, steht, wie erwähnt, *pars pro toto* für den ökonomischen Nutzen von Geflüchteten hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktintegration, ohne dass die diesbezüglich spekulierenden Artikel die Erzählperspektive von Geflüchteten weiter bemühen. Was für diese »positive« Sichtweise auf Geflüchtete gilt, betrifft ebenso die Behauptung einer verschärften ökonomischen Konkurrenz zwischen ihnen und jenen, die »nichts haben«, und denen, »die wenig haben« (Die Schwachen, 2015: 8).

Schließlich gilt für die mediale Präsentation der rechten Gewalt, der Aufmärsche und der Agitationen von Pegida und Legida anlässlich der überwiegend nur anstehenden Unterbringung von Geflüchteten, dass zwar jene Vertreter der rechten Szene, wenn auch »vorgeführt«, zu Wort kommen wie auch politische Stimmen auf allen Ebenen, aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht Geflüchtete selbst. Allein ihre in Erwartung stehende Ankunft bot den narrativen Stoff für ein Krisenszenario, das wiederholt Gegenstand der medial anhaltenden Perfor-

mance war. Oder anders gesagt: Ihre Noch-Nicht-Präsenz genügte bereits in vielen Fällen für eine stark frequentierte Berichterstattung, die logischerweise die Perspektive von Flüchtenden in diesen Erzählstoff gar nicht einbeziehen konnte. Sie wurden dabei oft abstrakt als ein in Zahlen dimensionierter »Sachverhalt« der zu erwartenden Ankömmlinge erfasst, der Unruhe und Störungen auslöst, ohne dass die Menschen hinter diesem Sachverhalt konkret und individuell in den Fokus rückten. Insofern bestätigt sich auch für den Zeitraum der ersten Jahreshälfte bezüglich der ZEIT, was Michael Haller in einer Studie zur Berichterstattung über die sogenannte Flüchtlingskrise vom Frühherbst 2015 bis zum Januar 2016 anhand der Analyse von 1700 Texten u.a. der »Printmedien wie FAZ, SZ, WELT und BILD« resümiert hat (Haller 2017: 2, Hervorh. i.O.): »Zugespitzt formuliert: Das Flüchtlingsthema fand in der medialen Öffentlichkeit der Leitmedien (weitgehend) ohne Flüchtlinge statt.« (Ebd.: 35)

Stattdessen boten Geflüchtete eine große *Projektionsfläche*. Ihnen beispielsweise pauschal Humanqualitäten zu unterstellen, die diese jungen und vermeintlich willensstarken, strebsamen, gottesgläubigen und hoffnungsvollen Menschen wie Puzzleteile passkonform in die Funktions-Lücken sozialstaatlicher Bedarfslage einfügen, prägte mehrfach die Konturierung »des Flüchtlings« in der ZEIT. Diese immer wieder vorgenommene *Diskurskopplung* des Flüchtlingsthemas mit dem des Arbeitsmarktes, des Fachkräftemangels, des demografischen Wandels oder der sozialstaatlichen Perspektive ist dabei ein diskursiv durchaus geläufiges, strategisches Vorgehen: Eine Argumentation – in diesem Fall für eine offene und liberale Flüchtlingspolitik – wird durch das Angebot eines impliziten Lösungspotenzials für eine andere Sachfrage konsensfähig gemacht (vgl. Schwab-Trapp 2011: 297; Link 2011: 439). Insofern werben derartige Argumentationen um »Diskurskoalitionen« (Hajer 2010: 280) mit Personen aus anderen Funktionszusammenhängen. Geflüchtete wurden aber weniger zur Lösungsmetapher der *gegenwärtigen* Probleme stilisiert. In mehreren Artikeln fungieren sie stattdessen als die eigentlichen Garanten von *Zukunft*. »Wir brauchen« sie, weil ansonsten zukünftig der Verlust der Stabilität »unserer« Sozialsysteme droht, Deutschland zum Altersheim

verkommt oder der Ausbildungsmarkt leergefegt ist. Zukunft als das offene Terrain einer projizierten Zeitperspektive, die sowohl den Stoff für Hoffnungen als auch für Ängste webt, scheint ein fantastisches, mediales Reservoir vorzuhalten, um »Aussicht auf Linderung, Ausgleich« oder auch »Gerechtigkeit« zu bieten. Sie »übernimmt damit unter säkularen Bedingungen eine Aufgabe, die sonst den Religionen zukommt« (Koschorke 2017: 230). Es ist eben auch der »Zukunftsbezug, über den Gesellschaften sich ein Bild ihrer selbst erzeugen« (ebd.). Gerade deshalb lockt es auch, diesen Raum der Zukunft in einem prominenten journalistischen Medium deutungselitär zu entwerfen, ihn abzusichern, diesbezügliche Ängste zu zerstreuen, Hoffnungen aufzubauen oder – wie in einigen Artikeln – Befürchtungen zu signalisieren. Hinsichtlich »des Flüchtlings« ist dies variantenreich durchdekliniert worden, was aber umso mehr die Frage aufwirft, ob hier nicht das Interesse an derartigen Zukunftsprojektionen gegenüber dem an den konkreten, auf der Flucht befindlichen Personen überwiegt. Oder anders gesagt: Hier bieten Geflüchtete wiederum eine Staffage, diesmal für eine Zukunftserzählung, in der sie nicht die Subjekte sind, schon gar nicht in ihrer gegenwärtigen, konkreten, leidvollen Präsenz. Diese wird gerade nicht zur Sprache gebracht, sondern zugunsten eines Zukunftsnarrativs, in dem es um »uns« geht, weitgehend ausgeblendet. Allerdings sind in dem analysierten Zeitraum bis zum Spätsommer 2015 überwiegend die positiven, utopischen Projektionen dominant. Dies gilt sowohl gegenüber den despektierlichen, die Geflüchtete als »Glücksritter« bezeichnen, die auf Kosten anderer leben, als auch gegenüber den eher dystopischen, die eine Zukunft am Horizont sehen, in der die Schwächsten die zukünftigen Verlierer der Flüchtlingspolitik seien, weil ihnen perspektivisch sozialstaatliche Ressourcen zugunsten Geflüchteter entzogen werden. Das ist zudem eine Argumentationsfigur, die der rechten Szene gut zuarbeitet. Aber insgesamt erfahren jene negativen Konnotationen (noch) nicht die Gewichtung, die mediale Botschaft zu dominieren.

Eine ganze Reihe von Artikeln war im Rahmen der ausgewählten Diskursstränge, so die These, auch bezüglich ihrer *moralischen Implikationen* wirksam, was sich in mindestens dreifacher Hinsicht differenzie-

ren lässt. Erstens boten die immer wiederkehrenden Todesnachrichten über Geflüchtete, die auf dem vermeintlich rettenden Seeweg ums Leben gekommen waren, den journalistischen Stoff, um jene Ereignisse als Anfrage an die europäischen Werte moralisch zu untermauern. Jedenfalls sollte die Ausweich-Projektion auf die Figur des Schleppers als dem Hauptschuldigen, die auch von der ZEIT medial reproduziert worden ist, zumindest vorübergehend ermüden, so dass sich die Berichterstattung im Laufe des Spätsommers immer mehr als eine moralische Anklage gegen die europäische Politik verdichtete.

Zweitens barg die primär dem Kosten-Nutzen-Kalkül geschuldete Thematik des ökonomischen Mehrwertes der Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration offenbar ein Reservoir an moralisch anschlussfähigen Argumenten, die jene Integration als Akt der Humanität anpriesen und zu plausibilisieren bemüht waren. »Rahmat« eine Chance auf Ausbildung zu geben, ließ sich für Unternehmen doppelt positiv verbuchen, einmal als willkommener Zuwachs an Arbeitskräftepotenzial im Zeitalter des Fachkräftemangels und zweitens als ein moralisches Gut. Wie sollte da Politik nicht alles dafür tun, Rahmenbedingungen zu schaffen, die nicht nur volkswirtschaftlich vernünftig, sondern auch noch moralisch geboten erscheinen?

Drittens baute sich sowohl durch die zugespitzt amoralische Darstellung der rechten Szene als auch durch die Inszenierung der Ohnmacht des politischen Establishments ein moralischer Appell an die Bundesebene auf, eine gesicherte und finanziell die Kommunen unterstützende Unterbringung von Geflüchteten zu gewährleisten. Dazu führte eine ganze Reihe von Artikeln die rechte Szene in ihrem demokratiefeindlichen Habitus der Pöbelei und Gewaltbereitschaft vor und ließ ihre Vertreterinnen und Vertreter als entsprechend amoralische Subjekte auftreten. Ihre Protagonisten seien glatzköpfige, demokratisch inkompetente und sozial deklassierte Typen, die sich jedem kultivierten Dialog mit der etablierten Politik entziehen. Gerade diese Typen aber sind es nun, die auf bornierte Weise, herumpöbelnd und angriffig Politik fassungslos machen, beschämen oder auch resignieren lassen und Chaos wie drohendes Staatsversagen erzeugen. Eine besondere Dramatik gewinnt dabei die »story line« (Keller 2011: 146, Hervorh. i.O.)

über den Bürgermeister von Tröglitz, der in der Abfolge von mehreren Artikeln immer wieder als Hauptakteur genutzt wird und an dem sich – für die Leserinnen und Leser affektiv hoch wirksam – die ganze Bedrohlichkeit der rechten Szene exemplarisch personifizieren lässt. Am Ende ist er ein gebrochener Mann, eine traurige Figur, die Mitgefühl, Wut und Empörung mutmaßlich auch bei den Leserinnen und Lesern erzeugt (vgl. Koschorke 2017: 105). Das Framing derartiger Artikel zielte durchschaubar auf die bundepolitische Ebene als Adressatinnen und Adressaten: Die spiegelbildliche Vorführung ihrer Trägheit, ihrer Ignoranz für die rechte Szene, ihrer Borniertheit, ihrer Ohnmacht oder ihrer bürokratischen Mentalität sollte sie aufrütteln, damit den rechten, gewaltsamen Umtrieben endlich das Handwerk gelegt wird. Die damit einhergehende moralisch-appellative Perspektive in Richtung Politik, diesbezüglich Abhilfe zu schaffen, hat, wie erwähnt, den Preis, dass die mediale Funktion, auch Sprachrohr der Basis und ihrer Lebenswelt zu sein, weitgehend aus dem Blick gerät. Nicht zuletzt wird im Zusammenhang mit dieser moralischen Anwaltschaft, die in einigen Artikeln der ZEIT zu Worte kommt, die Kanzlerin gedrängt, durch den Besuch einer Flüchtlingsunterkunft Farbe zu bekennen. Diese Berichterstattungen und Kommentare weisen mehrere Verzerrungen auf. Das Bild von der rechten Szene hält den Erkenntnissen der soziologischen Milieu-Studien nicht stand. Die Berichterstattung über die Vorkommnisse in Tröglitz, Heidenau, Freital oder Meißen mögen den realen Charakter der dortigen rechten Szene widerspiegeln. Aber sie bieten eine viel zu unterkomplexe und differenzial-diagnostisch insuffiziente Zeichnung des Rechtspopulismus, die eher an die Neo-Nazi-Szene der 80er und 90er Jahre erinnert. Die ZEIT bildet damit die populären »paternalistischen Sichtweisen auf vorgebliche Persönlichkeitsdefizite von AfD-Anhängern« ab, ordnet sie nicht nur den Unterschichten zu, sondern entwirft auch ein Psychogramm der »Irrationalität« und »seelische[n] Störung« dieser Klientel (Koppetsch 2019: 13). Die wachsende Szene der rechten Anhängerschaft ist inzwischen aber deutlich ausdifferenziert, tritt bürgerlich, eloquent und teilweise institutionell geschult auf (vgl. Weiß 2017). Sie findet sich keineswegs nur in den neuen Bundesländern, sondern ist bundesweit präsent und ihre Sympathisan-

ten wie auch aktiven Akteure entstammen zu einem erheblichen Prozentsatz den oberen sozialen Schichten, auch wenn der Rechtspopulismus »unter einkommensschwächeren Personen [...] deutlich verbreiteter ist (Krause et al. 2015: 49; Heitmeyer 2018: 165). Rechtspopulistische Einstellungen sind quantitativ sogar in den obersten sozialen Schichten gleichstark vertreten wie bei denen, »die sich ganz unten verorten« (Krause et al. 2015: 50). Eine weitere Verzerrung betrifft die Vehemenz, mit der jene Ereignisse in Sachsen und Sachsen-Anhalt in Begrifflichkeiten der Chaos-Dimension bis hin zum Staatsversagen gefasst wurden. Der »Vorwurf unterstellt, es stünde objektiv fest, was der Staat leisten soll und was nicht« und als gäbe es eine Eindeutigkeit des staatlich gebotenen Handelns (»Staatsversagen«, 2016). Da dies an keiner Stelle in den einschlägigen Artikeln der ZEIT geklärt wurde, »ist die Formel vom »Staatsversagen« nach Meinung des Bochumer Rechtswissenschaftlers Christoph Möllers »erst mal nur eine polemische Phrase«, die zudem die Assoziation eines Rechtsbruchs nahelegt (ebd.). Damit aber wird ein Narrativ der mangelnden staatlichen Souveränität bedient, das in rechten Kreisen eh schon Konjunktur feiert. Denn das »Drehbuch für die neuen Rechtsbewegungen [...] entwickelt sich [...] aus der durchaus begründeten Furcht, dass das Spiel, um das es in der Welt geht, sich dem Zugriff staatlicher Souveränität und zwischenstaatlicher Diplomatie entzieht« (Koppetsch 2019: 41). Insofern hat das Sicherheitsdispositiv der »Flüchtlingskrise« eine immer eindeutiger konturierte Dimensionierung erfahren: Von »den Flüchtlingen« greift die Krise auf »den Staat« über, als sei es der Staat und nur noch am Rande die flüchtenden Menschen, der gerettet werden müsse vor der rechten Gewalt, vor Notstand, Chaos, Überforderung oder Pogromstimmung. Solche Begriffe sorgen sicher für eine moralisch inspirierte, affektiv ansprechende Dramaturgie, die im Kontext der Berichterstattung über jene Ereignisse oftmals gegenüber dem Informationsgehalt die Oberhand gewonnen hat. Aber dadurch konnte die rechte Bewegung einen erheblichen Punktegewinn auf dem Spielfeld der öffentlichen Deutungshoheit verzeichnen.

